6. Jahrgang — Nr. 35

Freitag, 10. Februar 1922

Volksstimme

Sozialdemokratische Partei-Tageszeitung

für Halle

und den Saalkreis sowie die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga, Zeitz-Weißenfels, Naumburg, Eisleben und die Mansfelder Kreise.

Redaktion in Halle, Gr. Brauhausstraße 17, Telephon Nr 6802, **Eisleben 302** Sprechstunden der Redaktion in Halle: Wochentags von 11—12 Uhr, Sonntags keine Sprechstunde. Sprechstunden unserer Eisl bener Vertretung wochentags von 4—6 Uhr nachmittags. Die „Volksstimme" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, sie enthält die illustrierte Sonntags-Beilage „Volk und Zeit" sowie wöchentlich abwechselnd „Die Frauenwelt" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Die „Volksstimme" verfügt über einen bestens ausgebauten Berichterstattungsdienst in allen Orten ihres großen Verbreitungsbezirks. Meldungen von Bedeutung werden zu jeder Tageszeit sowohl telephonisch wie auch schriftlich von der Redaktion entgegengenommen. Sendungen an die Redaktion bitten wir unter Bezeichnung „Eiliges Zeitungsmaterial" sowie nicht an einzelne Redakteure, sondern an die Schriftleitung zu richten.

Verlag und Geschäftsstelle in Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27. Fernruf-Nummer 5407. Telegrammadresse „Volksstimme Halle". Postscheckkonto 11092 Erfurt. Geschäftsstelle in **Eisleben**: Bahnhofstr. 22. Fernruf-Nummer 302. **Bezugspreis** monatlich 9,50 Mk. und 1,50 Mk. Zustellungskosten; wöchentlich 2,75 Mk., oder im Quartal 33.— Mk. einschließlich Zustellungsgebühr. Für Abholer an den Ausgabestellen mit Abholungsgebühr 10.— Mk monatlich. **Einzelnummer 50 Pfg. Anzeigenpreise**: im 8gespaltenen Anzeigenteil kostet das Millimeter 1,— Mk., im 3gespaltenen Textteil 5.— Mk einschließlich der Anzeigensteuer. Aufgabetermin für die nächste Ausgabe bis 9 Uhr morgens. Betriebsstörungen technischer oder anderer Art entbinden von der rechtzeitigen Aufnahme von Anzeigen sowie von der pünktlichen Zeitungslieferung. Rabatte werden laut Tarif je nach Umfang des Auftrages gewährt. Platzvorschriften finden nach Möglichkeit weitgehendste Berücksichtigung.

Vollbetrieb ab Anfang nächster Woche.

Gegenwärtig 30 Prozent des Personenverkehrs.

Der Güterverkehr im Rückstand. — Der Berliner Schnellzugsverkehr nach allen Richtungen wieder aufgenommen.

Berlin, 10. Februar. (W. T. B.) Nach den gestern Abend dem Reichsverkehrsministerium vorliegenden Meldungen ist die Arbeit in den meisten Eisenbahndirektionsbezirken des Reiches ohne Reibung wiederum aufgenommen worden. Nur in den Bezirken Erfurt und Essen sind die Arbeiter und Eisenbahnbeamten noch etwas unruhig. **In Essen fordern die Streikenden noch gewisse Garantien zu der Maßregelungsfrage. Gegenwärtig werden etwa 30 Prozent des gewöhnlichen Personenverkehrs wieder gefahren**, während der Güterverkehr noch etwas im Rückstand ist. Man rechnet damit, daß **Anfang nächster Woche der volle fahrplanmäßige Eisenbahnverkehr wieder im Gange sein wird.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin konnte im Laufe des gestrigen Abends der Zugverkehr auf 55 bis 60 Prozent des Gesamtfahrplanes gebracht werden. Der Schnellzugsverkehr ist gestern nahezu nach allen Richtungen von Berlin aus aufgenommen worden.

Die Lage im Eisenbahndirektionsbezirk Halle.

Von der Eisenbahndirektion Halle gehen uns über die Betriebslage u. a. folgende Mitteilungen zu:

Der Verkehr im Osten des Bezirks ist so gut wie geregelt. Im westlichen Teil ist der Betrieb noch schlecht. Die Bahnhöfe Wahren und Leipzig stehen so gut wie ganz still. Ein großer Teil der Lokomotiven ist eingefroren. Der Nahverkehr kann fast vollständig bewältigt werden. Der Fernverkehr dagegen noch schlecht.

Im Magdeburger Bezirk herrscht Kohlenmangel. In Erfurt wird noch vereinzelt gestreikt. Gestern abend ist der D 50 von Berlin nach München durch Halle nach Ueberwindung einiger Schwierigkeiten bereits durchgekommen.

Aus dem Bereich der Eisenbahndirektion Dresden.

Dresden, 10. Februar. Im Bereich ded Eisenbahngeneraldirektion Dresden haben sich Beamten und Arbeiter im Laufe des heutigen Tages wieder zum Dienstantritt gemeldet. **Die Arbeit hat sich reibungslos vollzogen.** Die Betriebs- und Verkehrslage hat sich wesentlich gebessert. Die Räumung und Inbetriebnahme der Bahnhöfe ist im vollen Gange. Im Laufe des Tages konnten schon einige Personenzüge abgefertigt werden. Eine Vermehrung der Züge für morgen ist zu erwarten. **Am Freitag wird voraussichtlich zwischen Leipzig und Dresden das D-Zugpaar ab Leipzig 6.50, ab Dresden 7.20 Uhr verkehrten, sowie die Nachtzüge Berlin—Leipzig—München und Berlin—Leipzig—Passau.** Ferner wird der Schnellzugverkehr zwischen Leipzig und Dresden im vollen Umfange wieder aufgenommen werden. Der Uebergang zum vollen fahrplanmäßigen Betrieb kann wegen der zu überwindenden großen technischen Schwierigkeiten nur nach und nach vor sich gehen.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Kassel.

Kassel, 10. Februar. **Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, wird der volle Personenverkehr am Montag, den 13. Februar wieder aufgenommen werden.**

Kommunistische Heldentaten.

Ausschreitungen in Berlin.

Berlin, 10. Februar. Laut Meldungen Berliner Blätter ist **es gestern nachmittag** im Betrieb der Straßenbahn wiederholt zu Ausschreitungen Streikender **gekommen**, die die Wiederaufnahme der Arbeit **zu** verhindern suchten. So sammelte **sich vor** dem Depot in der Brandenburgerstraße eine große Anzahl Demonstranten und drang ins Depot ein. **Die Arbeitswilligen wurden gezwungen den Dienst aufzugeben und sich dem Demonstrationszuge anzuschließen.** Der Zug marschierte dann nach dem Halleschen Tor, wo er **die bereits in Betrieb befindlichen Wagen gewalt am anhielt. Die Fahrgäste wurden zum Aussteigen gezwungen und die Wagenführer verjagt.** Als Schupo einschritt, zog der Trupp nach einem Lokal in der Bergmannstraße, um dort eine Versammlung abzuhalten.

*

Der Streik der städtischen Arbeiter in Berlin ist beendet. Die Arbeit ist fast überall aufgenommen worden.

Beihilfe für Beamte in Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen.

Berlin, 10. Februar. Im Reichsrat teilt der Referent der Ausschüsse, Ministerialdirektor Sachs, mit, daß der fünfte Nachtragsetat eine Mehrausgabe von insgesamt 9,7 Milliarden bringt, wodurch sich ein Fehlbetrag von rund 172 Milliarden ergibt. Hauptsächlich handelt es sich um **Beihilfen für Beamte in Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen.** Ueber die Verteilung im einzelnen wird sich das Reichskabinett noch schlüssig werden. Mit Rücksicht auf die Zusage des Reichskanzlers bei den Verhandlungen über den Abbruch des Eisenbahnerstreiks sei in den Ausschüssen die Ueberzeugung durchgedrungen, daß es nicht möglich sei, dieser Forderung die Zustimmung zu versagen.

Sepp Oerter.

Ein dunkles Kapitel.

Berlin, 10. Februar. Blättermeldungen aus Braunschweig zufolge veröffentlichte der mehrheitssozialistische Braunschweiger Volksfreund neue Enthüllungen über den unabhängigen Ministerpräsidenten a. D. Oerter. Dieser soll darnach **während seiner Ministerpräsidentenzeit von dem Fabrikanten Wimmel in Hehlen, der während der Amtstätigkeit Oerters zum Großkapitalisten geworden ist, drei Prozent des buchmäßigen Reingewinnes und später, wenn er dauernd in die Dienste der Firma trete, zehn Prozent des Reingewinnes und Vorschüsse in Höhe von 3000 und 10 000 Mark verlangt haben.** Die Landtagsfraktion der sozialdemokratischen Partei hat **an die Fraktion der U. S. P. ein Schreiben gerichtet, in dem sie verlangt, daß Oerter aus der Fraktion der U. S. P. D. ausscheidet und sein Landtagsmandat niederlegt.** Anscheinend (so folgert die bürgerliche Presse) wollen die Mehrheitssozialisten von der **Erfüllung ihrer Forderungen ihr Eintreten in eine Arbeitsgemeinschaft mit der U. S. P. abhängig machen.**

*

Oerter wurde bekanntlich vor einigen Wochen wegen Bestechlichkeit zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Es erscheint doch dringend notwendig, daß die U. S. P. diesen Mann abhalftert. Der Name Sepp Oerter fängt nachgerade an, ein neues dunkles Kapitel für die Unabhängige Partei zu werden.

Die Ausnahme-Verordnung aufgehoben.

Das Rachegeschrei der deutschnationalen und verwandten Geister.

Berlin, 9. Februar. Nachdem nun der Streik der Eisenbahner völlig beendet ist, hat der Reichspräsident mit Wirkung von heute mittag ab seine Verordnung vom 1. Februar über das Verbot der Arbeitsniederlegung durch Beamte der Reichsbahn außer Kraft gesetzt.

Das paßt natürlich der Rechtspresse nicht. Im Anschluß daran verbreitet sie folgende aus ihren Reihen stammende Meldung:

„Im Reichstage wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß die Reichsregierung jetzt nach Beendigung des Eisenbahnerstreiks auch die Streikführer nicht zur Verantwortung ziehen will oder die Angelegenheit meistens auf die lange Bank schieben will. Die Parteien werden unbedingt auf Bestrafung der Führer bestehen. Die Amnestiepolitik der Regierung findet bei ihnen keine Unterstützung, nachdem die Streikenden am Dienstag erklärt hatten, Parlamentszüge nur fahren zu lassen, wenn der Reichstag sich auf die Seite der Streikenden stelle."

Darauf werden von der Presse der Rechtsbolschewistischen eine Reihe gehässiger Angriffe gegen die Reichsregierung und die Beamten gerichtet. Die bürgerliche Presse lechzt geradezu nach dem Blut der Opfer des Beamtenstreiks. Die „Generalanzeigerpresse" assistiert schamhaft. Diese von Rachedurst getränkte Gesellschaft ruft nach Gerechtigkeit.

Die englischen „Verpflichtungen" zu Sanktionen gegen Deutschland.

Eine Aeußerung Lloyd Georges. — Frankreich hält eine formelle Aeußerung auf die Einladung nach Genua nicht für nötig.

London, 10. Februar. (Unterhaus.) In einer Anfrage von Wedgewod Ben, ob die Regierung irgendwie verpflichtet sei, **militärische Maßnahmen gegen Deutschland für den Fall anzuwenden, daß Deutschland den im Londoner Ultimatum geforderten Zahlungen nicht nachkomme**, bemerkte Lloyd George, es beständen keinerlei Verpflichtungen außer den im Versailler Vertrag vorgesehenen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten erwiderte Lloyd George, daß der Zeitpunkt der Konferenz von Genua auf den 8. März festgesetzt worden sei. Unter den zahlreichen Staaten, die die Einladung angenommen hätten, befänden sich Japan, Belgien, Deutschland, Rußland, Holland und Spanien, die französische Regierung halte eine formelle Antwort auf die Einladung ihrerseits nicht für nötig. Von den britischen Dominions, die eingeladen worden seien, hätten bereits Südafrika und Australien angenommen.

Harding nimmt die Einladung nach Genua nicht an.

Trotzdem Mitarbeit bei Wiederaufrichtung der Welt. — Schriftliche Fixierung der amerikanischen Ansicht zur Kenntnis der Konferenz.

Washington, 10. Februar. („Neuyork Herald".) Harding wird heute die Antwort auf die Einladung zur Konferenz in Genua nach Rom abgehen lassen. Sie wird noch heute veröffentlicht werden. Man glaubt zu wissen, daß der Präsident in seiner Antwort, obwohl er augenblicklich nicht in der Lage sei, die Einladung anzunehmen, sich mit den allgemeinen Zielen der Konferenz einverstanden erklärt und das Versprechen abgeben werde, **Amerika werde sein bestes tun, um an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung der Welt mit zu arbeiten. Harding werde die Lage so darstellen, wie sie nach Ansicht der amerikanischen Regierung sein müsse, und werde es dann Europa überlassen, daraus seine Folgerungen zu ziehen.**

Zur Einheitsgewerkschaft im Baugewerbe.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat zur Schaffung einer Einheitsgewerkschaft im Baugewerbe den ersten praktischen Schritt getan. Im „Grundstein" veröffentlichte er einen Antrag an den **Verbandstag** des Bauarbeiterverbandes auf Aenderung des **Verbandsnamens** und der **Verbandssatzung** zwecks Gründung eines Baugewerksbundes. Der Antrag, dem auch der Verbandsbeirat seine Zustimmung gegeben hat, sieht die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft für alle baugewerblichen Arbeiter **vor.** Nach § 1 der beantragten Bundessatzung soll der zu gründende Baugewerksbund im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes „die gewerkschaftliche Organisation für alle in der Bauindustrie sowie der Industrie der Steine und Erden ständig beschäftigten Arbeiter sein, soweit durch die Berufsliste des A. D. G. B. oder durch besondere Kartellverträge die Zuständigkeit anderer Organisationen für bestimmte Arbeitergruppen dieser Industrien festgestellt wird."

Ueber den Zweck des Deutschen Baugewerksbundes sagt § 2 der beantragten Bundessatzung:

1. Der Deutsche Baugewerksbund stellt sich die Aufgabe, die Lebenshaltung der baugewerblichen Arbeiter auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen und ihnen dauernd einen menschenwürdigen Anteil an den Errungenschaften der Kultur zu sichern. Als beste Lösung dieser Aufgabe anerkennt der Bund die Vergesellschaftung des gesamten Bau- und Wohnungswesens, Beseitigung des Bodenwuchers, Erzeugung und Verteilung der Baustoffe sowie Herstellung aller Bauwerke nach bedarfs- und gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen. Der Bund wird bestrebt sein, nach besten Kräften an der Erreichung dieses Zieles mitzuwirken in der Erkenntnis, daß durch die Vergesellschaftung und Einführung der besten Betriebsweisen einerseits der weitestgehende Schutz der Arbeiter gegen Ueberanstrengung, Unfälle und gewerbliche Krankheiten und anderseits die größte Wirtschaftlichkeit der Bauarbeit gewährleistet wird.

2. Bis zur Ueberwindung der kapitalistischen Bauwirtschaft und bis zur Gleichberechtigung der baugewerblichen Arbeiter an den Gütern des Lebens ist die Hauptaufgabe des Baugewerksbundes, seine Mitglieder im Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen und alle Dinge zu betreiben, die der Gesamtheit der Bauarbeiterschaft nützlich sind.

Wenn diese Bestimmung Wirklichkeit wird, so ist damit zum ersten Male in einer Gewerkschaftssatzung die Sozialisierung als Ziel der Gewerkschaft aufgestellt und der Gewerkschaft selbst die Aufgabe zugewiesen, an der Sozialisierung tatkräftig mitzuwirken. Praktisch haben die Bauarbeitergewerkschaften durch die Gründung sozialer Baubetriebe, des Verbandes sozialer Baubetriebe und der Bauhüttenvertriebsverbände bereits im Sinne der vorgeschlagenen Bestimmungen gehandelt. **Es** ist aber selbstverständlich, daß die Sozialisierungsbestrebungen durch die Gründung einer Einheitsgewerkschaft aller baugewerblichen Arbeiter außerordentlich gefördert würde.

Nach der beantragten Bundessatzung sollen die einzelnen Berufe innerhalb des Baugewerksbundes weitgehende Selbständigkeit haben. Die jetzigen Berufsverbände sollen als Reichsfachgruppen des Baugewerksbundes bestehen bleiben und ihre beruflichen Angelegenheiten im Rahmen der gemeinsamen Bundessatzung selbständig regeln. Die bereits jetzt im Bauarbeiterverband zusammengeschlossenen Berufe (Maurer, Stukkateure, Fliesenleger, Isolierer, Erdarbeiter usw.) sollen ebenfalls selbständige Reichsfachgruppen werden. Jede Reichsfachgruppe soll ihren eigenen Gruppenobmann haben, der Mitglied des Bundesvorstandes sein soll. Ebenso sollen sich die einzelnen Orts- und Bezirksvereine in Fachgruppen gliedern. Wo in einem Verein zehn und mehr Angehörige eines Berufes vorhanden sind, soll eine Vereinsfachgruppe errichtet werden. Die einzelnen Reichsfachgruppen sollen eigene Verbandstage haben, auf denen die besonderen beruflichen Fragen behandelt werden sollen. Das Parlament des gesamten Bundes soll der aus Abgeordneten der einzelnen Reichsfachgruppen bestehende Bundestag sein. Um die kleineren Berufe nach Möglichkeit zur Geltung zu bringen, ist für sie sowohl auf den Verbandstagen wie auf dem Bundestag eine verhältnismäßig stärkere Vertretung vorgesehen als für die großen. Während Berufsverbände mit über 150 000 Mitgliedern auf je 1500 Mitglieder einen Abgeordneten wählen sollen, sollen Berufsverbände mit weniger als 15 000 Mitgliedern schon auf je 500 Mitglieder einen Abgeordneten zu den Verbandstagen wählen. Auch sonst ist in der beantragten Bundessatzung auf das Zur-Geltungbringen der einzelnen Berufsgruppen weitestgehende Rücksicht genommen. So ist zum Beispiel bestimmt, daß neben den Geschäftsführern der Bezirksverbände auch die geschäftsführenden und nichtgeschäftsführenden Obmänner der Berufsverbände Mitglieder des Bundesbeirates sein sollen.

Die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft im Baugewerbe ist, seit der Vorstand des Bauarbeiterverbandes diese Frage aufgeworfen hat, in den einzelnen Bauarbeitergewerkschaften nicht mehr aus der Diskussion verschwunden. Eine Reihe von Verbänden haben dem Zusammenschluß zum Baugewerksbund grundsätzlich bereits zugestimmt. In einzelnen Verbänden hat der Gedanke in den Mitgliederkreisen große Begeisterung ausgelöst. Andere Verbände stehen allerdings der Einheitsgewerkschaft noch ablehnend gegenüber. Die Behandlung der Frage durch den Verbandstag der Bauarbeiter trägt hoffentlich auch bei diesen Verbänden zur weiteren Klärung und zur baldigen Entscheidung bei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751922021 0-12/fragment/page=0001

Erklärung des Reichskanzlers zum Streik.

Reichstag.

Erledigter kommunistisch-unabhängiger Antrag. Antrag der K. A. G. — Die Reichskanzlerrede. — Heute, Freitag, Besprechung der Reichskanzlererklärung.

Berlin, 10. Februar.

Die gestrige Reichstagssitzung wurde vom Präsidenten Löbe am 3.25 nachmittags mit der Mitteilung eröffnet, daß die für Dienstag angesetzte Sitzung ausfallen mußte, weil der größte Teil der Abgeordneten infolge des Verkehrsstreiks **Berlin nicht erreichen** konnte. Er läßt ferner durch die Schriftführerin Frau Agnes ein Schreiben des Reichskanzlers vom 3. Februar mitteilen, **wonach Dr. Rathenau zum Minister des Auswärtigen Amtes ernannt** wurde und läßt dann mitteilen, daß d**ie Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Febr. 1922 betr. das Verbot der Arbeitsniederlegung von Beamten des Reiches durch Verordnung des Reichspräsidenten vom heutigen Tage ab wieder außer Kraft gesetzt worden ist.** (Lebhafte Zurufe: Hört! hört! auf der äußersten Linken, Heiterkeit rechts.) Präsident Loebe macht darauf aufmerksam, daß damit die auf der Tagesordnung stehenden **Anträge der Unabhängigen und Kommunisten auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten erledigt sind und nicht** mehr zur Beratung kommen können. (Heiterkeit.)

Abg. **Adolf Hoffmann** (Komm. Arbeitsgemeinsch.) stellt den Antrag auf Einstellung der Diziplinarverfahren.

Abg. **Ledebour** (U. S.) beantragt, diesen Antrag gemeinsam mit der Erklärung des Reichskanzlers zur Aussprache zu stellen.

Der **Präsident** stellt das Einverständnis des Hauses fest.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Die ganze gespannte und entscheidungsvolle Phase in unserer **Außenpolitik** muß es dem ganzen Volke zur Pflicht machen, als Mitarbeiter hinter die Regierung zu treten oder wenigstens ihre Arbeit nicht leichtfertig zu stören. Nur ein arbeitendes, sparsames und in häuslicher Einigkeit und Ordnung lebendes Deutschland kann die auswärtige Politik führen, die wir für nötig halten, um uns überhaupt durchzusetzen. In dieser Hinsicht ist in letzter Zeit schwer und wissentlich gesündigt worden und zwar von Elementen, die durch ihre Tätigkeit und Stellung im Staate in erster Linie dazu berufen sind, den Staat zu schützen. Die Arbeitsverweigerung eines Teiles der Beamtenschaft nenne man nicht Streik, sondern Revolution in der Beamtenschaft. (Beifall und große Unruhe.) Dies ist eins der bedrückendsten Ergebnisse der letzten Jahre, dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind. (Sehr wahr!)

Der Reichskanzler schildert sodann in kurzen Zügen die

Entwicklung der Streikbewegung,

mehrfach von der Linken durch lebhafte Zurufe unterbrochen, und weist besonders darauf hin, daß im erweiterten Vorstand der Reichsgewerkschaft der Streik mit nur 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenenthaltung beschlossen wurde. Im geschäftsführenden Vorstand sei das Stimmenverhältnis 4 gegen 4 gewesen. In der Gewerkschaft habe sich der Streik im allgemeinen nur auf die Lokomotivführer und Zugpersonal beschränkt. Die Eisenbahnorganisationen hätten sich gegen den Streik erklärt. Dieser sei ferner in Süddeutschland und Mecklenburg abgelehnt worden. Nachdem die städtischen Arbeiter in Berlin in den Streik getreten waren, lehnte die Reichsregierung Vermittlungsversuche auf Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft ausdrücklich ab, erklärte sich aber bereit, mit den Spitzenorganisationen einschließlich des Deutschen Beamtenbundes in Besprechungen einzutreten. Diese ergaben die Bereitwilligkeit des Finanzministers, baldmöglichst in eine eingehende Besprechung über alle Besoldungsfragen einzutreten. **Am Dienstag, den 7. Februar verpflichtete sich die Reichsgewerkschaft, den Streik abzubrechen und die Reichsregierung erklärte, daß Massenentlassungen nicht stattfinden werden und daß die Anwendung der Diziplinarmaßnahmen nach Richtlinien erfolgen sollte, die inzwischen vom Gesamtkabinett aufgestellt sind.** Dank dem Notstandsbetrieb wurden im Durchschnitt etwa 20 Proz. des normalen Verkehrs bewältigt (Gelächter links). Eine Steigerung auf weit über 50 Proz. war zu erwarten.

Der Reichskanzler sprach dann über die

allgemeine Erhöhung der Gehälter und Löhne,

die das Reich mit einem **Mehraufwand von rund 15 Milliarden Mark belastet hat.** Der Deutsche Beamtenbund und die Spitzenorganisationen haben nochmals eine Neuregelung der Beamtenbesoldung verlangt, die eine

weitere Belastung von 30 bis 60 Milliarden

bedeutet hätte. Diese Forderungen **konnten nicht als eine geeignete Grundlage für neue Verhandlungen angesehen werden.** (Unruhe links.) Im allgemeinen **gleichen die Gehälter und Löhne denen, wie sie von der Industrie bezahlt werden. Die Verhandlungen über**

Teuerungszuschüsse

wurden trotz des Streikes **weiter** geführt und noch **heute wird** der Reichsrat sich mit einer entsprechenden Vorlage befassen. Ein Arbeitszeitgesetzentwurf **lag noch nicht vor,** die geforderte Zurückziehung eines Entwurfes **war infolgedessen** nicht möglich. Für den öffentlich-rechtlichen Beamten gibt es kein Streikrecht. (Stürmischer Widerspruch auf der Linken.) **Nicht weil sie Beamte sind, sondern weil sie ein Teil der Regierung sind.** (Gelächter bei den Kommunisten.)

Die Eisenbahnbeamten sind übrigens **lebenslänglich Angestellte. Sie erhalten ihr Gehalt im voraus. Ein Streikrecht der** Beamten ist aber auch unvereinbar mit einer geordneten Staatsverwaltung. Die Regierung erkennt aber die

Pflicht des Staates

an, durch die Fürsorge für die Beamten in den Grenzen des Möglichen dazu beizutragen, daß die Körper der Gewerkschaften sozial gesinnt bleiben und in ihrer Aufopferung für den Staat nicht irre werden. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Regierung hat durch die Erledigung der Beamteninteressen **keinen Anlaß gegeben,** dem Staat das Vertrauen zu kündigen und sich zu einer Aufruhrbewegung hinreißen lassen. Mit der Streikbeendigung ist die Verordnung des Reichspräsidenten gegenstandslos geworden. Sie ist aufgehoben. **Daß mit Aufhebung der Verordnung nun etwa das Streikrecht der Beamten frei würde, diesen Schluß wird die Regierung niemals zugeben können. Die Wege zur Arbeit sind wieder** frei.

Präsident Loebe teilt den Wunsch mehrerer Parteien mit, die Beratung abzubrechen. Von kommunistischer Seite **wird die sofortige** Aufnahme der Besprechung der Regierungserklärung gefordert.

Der Antrag auf **sofortige Besprechung der Regierungserklärung wird abgelehnt.**

Das **Haus** vertagt sich auf Freitag 1 Uhr. Besprechung der Regierungserklärung. Reichsmietengesetz. Schluß 4¾ Uhr.

*

Anmerkung der Redaktion: Wir behalten uns eine eingehende Stellungnahme zu der Rede des Reichskanzlers vor.

Wo stehen wir?

Eine unzweideutige Absage an die Deutsche Volkspartei.

Der Reichstagspräsident Genosse **Paul Löbe** macht in der Dienstag-Nr. der Breslauer „Volkswacht" folgende Ausführungen:

Von dem Augenblick an, wo die Volkspartei **nach ihrer Behauptung** die Handlungsfreiheit zurückgewonnen hat, ist dasselbe für die Sozialdemokratie der Fall. Nach der schweren Enttäuschung, welche die Partei des Besitzes den übrigen Koalitionsparteien bereitete, werden wir den erneuten Versuch machen müssen, die Steuermehrheit **nach links hin zu gewinnen.** Gewiß steht der Leipziger Beschluß der Unabhängigen dem hindernd im Wege. Aber das Hindernis bei der Deutschen Volkspartei ist nicht kleiner. Es ist doch keine Frage, daß die Absicht der Erzbergerischen Steuergesetzgebung, die Bildung gigantischer Vermögen zu verhindern, **nicht erreicht ist.** Noch immer **wird auf der einen Seite** verschwenderischer Luxus getrieben, während andere nicht wissen, womit sie ihre Blöße decken sollen. Noch immer **wachsen auf der** einen Seite die Vermögen, während andere ihre Kinder nicht satt bekommen können. Schlesische Magnaten, deren Einkommen im Frieden drei Millionen Mark im Jahre betrug, beziehen heute jährlich sechzig bis siebzig Millionen Papiermark, und wenn sie auch einen erheblichen Teil davon als Steuern abgeben müssen, so ist doch ihr Besitz durch die Steigerung der Holz- und Kohlenpreise enorm gestiegen. Im Waldenburger Bergrevier stehen zwanzigtausend Bergarbeiterfamilien, die die Milch für ihre **Kinder nicht erschwingen können, über ihnen thront auf der Burg** Fürstenstein der Fürst Pleß, hält sich **achtundvierzig livrierte** Diener, fährt in Viererzügen **und entwickelt eine Pracht, wie nie** zuvor. In ähnlich glänzenden **Verhältnissen befinden sich** alle schlesischen Magnaten die im **November 1918** gern **ein** Drittel ihres Landes hergegeben hätten, wenn ihnen die zwei anderen verblieben wären. Heute wehrt sich ihre **politische** Vertretung gegen jede weitere Belastung des Besitzes! Die verspäteten Einschätzungen, die Valutaschwankungen, die Auslandsverschiebungen und Bilanzverschleierungen haben es unzähligen Besitzenden ermöglicht, ihren Vermögenszuwachs zu verstecken und dem steuerlichen Zugriff zu entziehen. Ausländische Besucher Deutschlands **empören sich** über den frivolen Luxus, der in dem angeblich verarmten Lande getrieben wird, das seine Kinder ins **Ausland schickt** und sie mit fremder Hilfe ernähren läßt.

Eine Partei, die sich trotzdem einem **Opfer des Besitzes** entzieht, ist keine geeignete Kontrahentin für die Sozialdemokratie. Das Verhalten im Fall Rathenau **aber schlägt dem Faß** den Boden aus. Gerade die Volkspartei hat einst den Ruf nach Fachministern erhoben. Sie hat dem Kabinett Fehrenbach-Simons so wenig geeignete Personen zur Verfügung stellen können, daß sie selbst dieses Kabinett stürzte und ihre Fachminister in der Versenkung verschwinden ließ. Jetzt beruft der Kanzler einen Mann, der den Beweis seines Könnens im In- und Auslande erbracht hat und ausgerechnet diese Ernennung soll den Volksparteilern den Vorwand für den Ausbruch aus der Koalition abgeben. Vielleicht ist es gut, daß sie rechtzeitig mit diesen fadenscheinigen Gründen den Beweis ihrer Unzuverlässigkeit auch für das Zentrum erbringt, die Sozialdemokratie hat diese Aufklärung nicht mehr nötig. Sie wird, trotz aller Schwierigkeiten, den erneuten Versuch machen müssen, die Koalitionsgenossen **links** zu suchen.

*

Anmerkung der Redaktion: Ob die USP. in ihrer Gesamtheit bereits so reif ist, um eine Koalitionserweiterung nach links mit ihr vornehmen zu können, muß nach den Ergebnissen von Leipzig bezweifelt werden. Die USP. könnte eine gute Stütze sozialdemokratischer Politik sein; sie zieht es aber immer noch vor, beiseite stehen und Steine nach der Sozialdemokratie zu werfen. Das wird sich rächen — früher oder später. Erfolge wird es keine bringen, nicht einmal Scheinerfolge. Der Heilungsprozeß bei der USP. wird kommen und jeder Sozialdemokrat kann nur wünschen: Möge der Heilungsprozeß bald einsetzen und möge er kurz sein!

Wie Sowjetrußland „sozialisiert".

I.

Die Heranziehung des privaten Großhandels in Sowjetrußland.

Moskau, 8. Februar. Die Moskauer „Prawda", das Zentralorgan der russischen kommunistischen Partei, führt in einer Reihe von Artikeln aus, die Frage der **Organisation des Binnenhandels** bleibe nach immer ungelöst, wodurch eine Hemmung des Wirtschaftsverkehrs entstanden sei. **Der entstaatlichte Apparat der Genossenschaften** (der Zentrossojus mit seinen Abteilungen) besitze nur wenig Verbindungen mit den lokalen Genossenschaften auf dem Lande und könne den Anforderungen des Warenverkehrs auch nicht entfernt genügen. **Es müsse der private Großhandel herangezogen werden, freilich unter Bedingungen,** die eine Kontrolle und Regelung von Seiten des Staates ermöglichen. Der neuernannte stellvertretende **Finanzkommissar** Ssokolnikow schließt sich diesem Standpunkt an und empfiehlt dafür besonders die Form von **gemischten Handels-Aktiengesellschaften unter Beteiligung des Staates und privater Kaufleute.**

II.

Zur Zulassung von Privat-Kreditinstituten in Sowjetrußland

Moskau, 8. Februar. Nach einer Meldung der Moskauer „Prawda" ist die Sowjet-Staatsbank mit der Ausarbeitung von Entwürfen zur Gründung von Privat-Kreditinstituten beschäftigt. Einige ausländische Banken hätten den Wunsch geäußert, Zweigstellen in Rußland zu errichten. Das Volkskommissariat für Außenhandel hat die erste Russische Export-Import-Aktiengesellschaft ins Leben gerufen **und sich 51 Prozent** der Aktien vorbehalten. **Die restlichen 49 Prozent werden den russischen Trusts, Privatpersonen sowie Vertretern des ausländischen Kapitals überlassen.** Es sollen Garantien für die Wahrung der Minderheitsinteressen geboten **werden.**

*

Dieses schrittweise Zurückweichen vor dem Kapitalismus bezeichnet man unter Kommunisten als sozialisieren.

Heinrich Zille.

Der Chemigraph Heinrich Zille ist ein recht eigenkräftiger Zeichner geworden, dessen Art, wie er Bilder der Großstadt festhält und sie wiederspiegelt, mit Worten schlecht geschildert werden kann. Es liegt ein liebevoll verstehender und dabei bitterschwerer satirischer Humor in den Strichen Zilles, wenn er mit seinem Stift in die sozialen Elendstiefen (s. unten „Die Kinder") des Großstadtlebens zeigt.

Es sind vor allem die beiden Bücher „Kinder der Straße" und „Mein Milljöh", die auch in einem Sammelband (220 Berliner Bilder, Verlag Dr. Eysler u. Ko., Berlin SW. 68. Preis in Leinen gebunden 30 Mark) erschienen sind die die Eigenart Zilles hervorheben. Den „Kindern der Straße" hat Hans Hyan ein liebevolles Vorwort beigesellt, das auf Glasbrenner hinweist und erklärt, heute sähen es auch die, die es damals noch nicht glauben wollten: „Das Proletariat ist auf dem Marsche und nichts wird es aufhalten!" Eingehender noch ist das Vorwort von Georg Herrmann zu „Mein Milljöh" gehalten, das auch auf die Behandlung der Kinder in den Zeichnungen Zilles hinweist: Zille legt die Erklärung seiner Bilder oft einem Kinde in den Mund, „das selbst nicht weiß, was für eine letzte grausige Wahrheit es ausspricht."

Nachfolgend geben wir einige von den Unterschriften der Bilder Zilles, die auf die behandelnden Gegenstände hinweisen.

Adel.

„Bist du noch „von"?
„Jawoll, — Mutter weeß bloß nich von wem!"

Am Rande der Stadt.

„Siehste August, so krabbelt man sich hoch! Det sind die letzten Kartoffeln, die ick uff det Land kultiviere, det nächste Jahr wohn ick hier in Keller und habe die Portiestelle."

Seine Sorge.

„Wenn ick man heite erst besoffen bin, vor morgen is mir gar nicht bange!"

Boheme.

„Leo, bring zwei Sechserkäse und en Rollmops mit, ich muß heut abend Volkslieder singen."

Kinder.

„Wenn ick will, kann ick Blut in den Schnee spucken!"

Geburtstagsgeschenk.

„Nee, Ede, die Freide! Du hast dir for mir fotografieren lassen?"
„Ja, siehste, wie sie mir damals uff dem Alexanderplatz zwangsweise geblitzt kam, hab ich mir gleich gedacht, det Bild klau ick for meine Erna!"

Im Grunewald.

„Mein Mann is och mächtig fors Grüne, aber er hat nichts von — er is immer gleich blau!"

Streit auf dem Kirchhof.

Der Kurzsichtige: „Nu hab ich zwei Jahre ein fremdes Grab begossen!"

Beim Kassenarzt.

„Liebe Frau, am besten wäre es, Ihre Schwägerin käme selbst zu mir, — hat sie vielleicht Würmer?"
„Jawohl, Herr Doktor, drei Stück, un det vierte is unterwejens!"

Haus und Beruf.

„Mama, ick je jetzt ins Geschäft, deine Milch kocht, soll se noch heißer werden?"

Im stillen Gäßchen.

„Mutta, sieb doch die zwee Blumentöppe raus, Lieschen sitzt so gerne ins Grüne!"

Plädoyer.

„Herr Verteidiger! Sie müssen noch mal zu die Jeschworenen rüberquatschen; sünse schlafen sajon!"

Liebe im Rausch.

Von Ellen Key.

Es gibt eine alte Redeweise, daß man seinen Eltern für sein Leben Dank schuldig sei . . . Aber in den meisten Fällen müßten die Eltern umgekehrt die Kinder für deren Dasein um Verzeihung bitten. — Sei es, daß man mit Menschen spricht, die in Not oder Verbrechen versunken sind; oder mit Menschen, die an Nervosität und anderen Krankheiten leiden, mit Menschen, die seelisch zerrissen sind, so kann man in den meisten Fällen überzeugt sein, daß sie als die tiefeste Ursache irgendeinen Umstand bei ihrer Geburt oder in ihrem Kindheitsbewußtsein bezeichnen. Bald sind sie von zu jungen oder zu alten, bald von kränklichen Vätern und Müttern gezeugt und geboren, bald von einer durch Arbeitsplage oder eine große Kinderschar bedrückten Mutter. Oder sie . . . sind in Widerwillen empfangen, unter Aufruhrgefühlen getragen, schon in ihrem Blute den Keim der Zerrissenheit oder des Lebensüberdrusses tragend. — Besonders im Punkte der Trunkenheit (gemeint ist die Willfährigkeit trotz Trunkenheit des Mannes) sündigen die Frauen in der Ehe, sündigen aus Unwissenheit darüber, daß Epilepsie, Blödsinn und andere Krankheiten — vor allem Alkoholismus — oft die Folge davon sind, daß ein Kind von einem berauschten Vater gezeugt wurde. Eine Frau könnte keinen sicheren Prüfstein für den Gehalt ihres Gefühles für einen Mann haben, als ob sie bei dem Gedanken, seine Eigenschaften auf ihr Kind vererbt zu sehen, jubelnde Freude oder quälende Unruhe empfindet. — Die Männer sündigen nicht nur im Rausche gegen das kommende Geschlecht, sondern auch in ander Beziehung, wo die Folgen noch vernichtender sind. — **Es bedarf der Entwicklung vieler Generationen, bis es der Frau zum Instinkt wird, zum unwiderstehlichen gebieterischen Instinkt, keinen** körperlich oder geistig verkommenen oder entarteten Mann zum Vater ihrer Kinder zu machen. . . . Die Frau hat in dieser Hinsicht nur eine Pflicht, eine unumstößliche, eine, gegen die jede Uebertretung eine Sünde ist: die, daß das neue Wesen, dem sie das Leben gibt, in Liebe und Reinheit gezeugt und empfangen sei, in Gesundheit und Schönheit, in voller wechselseitiger Harmonie, vollem gemeinsamen Willen, vollem gemeinsamen Glück — niemmals im Rausche, in stumpfer Gewohnheit, in Ueberdruß, mit geteiltem, mit aufrührerischem Sinn. Bis die Frauen diese ihre Pflicht nicht eingesehen haben, wird es immer Menschen geben, die schon im Augenblick ihres Entstehens um die besten Voraussetzungen der Lebensfreude und Lebenstauglichkeit betrogen worden sind.

Freie Volksbühne.

Was ihr wollt.

Lustspiel in fünf Aufzügen von **William Shakespeare.**

Die ganze Fülle Shakespeareschen **Humors umfaßt** dieses aus einer genialen Schöpferlaune geborene **Werk, das sich** bisher noch immer durchschlagenden Erfolges erfreut hat, wo auch nur einigermaßen die Voraussetzungen einer erfolgreichen Aufführung gegeben waren. Dazu gehört in erster Linie **ein Ensemble,** das wie das Räderwerk einer Uhr ineinandergreift, weil gerade dieses Werk wie kaum eine andere Schöpfung Shakespeares aus einer großen Dichterlaune erstanden ist, die sich fortzeugend immer wieder aufs neue gebärt.

Die Regie (Dr. Edgar Groß) hatte das denkbar Mögliche getan. Vortrefflich war das Zusammenspiel. Anerkennenswert waren die Einzelleistungen. Fehlbesetzungen konnten nicht gebucht werden. So mußte ein gerundetes Gesamtspiel zutage kommen, das die Volksbühnen-Besucher bis zuletzt in bester Stimmung hielt.

Von den Damen waren **Paula Thetter** (Olivia) und **Elisabeth Maisch** (Viola) ebenbürtige Partnerinnen, die teils mit überlegend schaffender Gestaltungskraft, teils im natürlich-unbewußt künstlerischen Ausschöpfen des Gehalts ihrer Rollen vorzüglich abschnitten. **Wolfgang Herrmann** (Orsino) und **Walter Henneberg** (Sebastian) waren ihren nicht schwierigen Partien entsprechende Vertreter. **Adolf Schiele** (Tobias), **Otto Tiedemann** (Andreas), **Heinz Rohleder** (Fabio) gaben ein Trio von zeitweilig erschütternder Komik ab. **Erich Nowacks** Narr hätte in Haltung und Geste schärfer gezeichnet werden können. Die Wiedergabe dieser verhältnismäßig schwierigsten Rolle des Stückes ließ im übrigen kaum einen Wunsch offen. Vortrefflich gefiel **Ludwig Hartwigs** Malvolio. Der Künstler gestaltete diesen hysterischen Lakaien in gehobener Stellung nach den Intentionen des Dichters mit künstlerischem und sichtbarem Erfolg.

Auch die Vertreter der Nebenrollen erfüllten ihre Aufgabe im Rahmen der Gesamtaufführung, die den Mitgliedern der Volksbühne lange in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Sch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220210-12/fragment/page=0002
DFG

Patriot Stinnes.

Herr Stinnes war im Januar kurz vor Rathenau bekanntlich in London. Was wollte er dort? Darüber gibt der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" seinem Blatt folgende Auskunft:

Sein (Stinnes') Empfang in der City und bei den Kreisen, die für seine enormen privaten Unternehmungen Interesse haben, soll sehr gut und befriedigend gewesen sein. Wohl besser, als Herr Stinnes nach Spa und nach früheren Presseäußerungen erwartet haben mochte. Auch die Londoner Zeitungen zeigten sich diesmal respektvoll interessiert. Die Millionen und der alte Anzug boten der Presse Anreiz, aber doch auch die Bewunderung für einen Mann, der in wenigen Jahren sein Vermögen und seine Unternehmungen ungeheuerlich vergrößert hat. Die City denkt seriös über ihn, soviel ich höre. Doch mag es interessieren, daß mir einer der bekanntesten Finanziers, der Herrn Stinnes wohlbekannt ist, beiläufig sagte: „Wäre er ein Engländer, dann würde ich ihn ganz entschieden warnen, denn er übernimmt sich mit seinen Geschäften." Bei früherer Gelegenheit ist erwähnt worden, daß man hier vielfach, sowohl in der City wie anderwärts, bemerken konnte daß sehr ernstzunehmende Leute ein volles Maß von Herrn Stinnes abrückten, wie sie wahrnahmen, daß seine offenbar auch etwas autokratisch vorgetragenen Gedankengänge allzu stark auf seine persönlichen Pläne eingestellt waren. Die Engländer werden jedem Vorschlag, der Europa und vollends den Osten zu konsolidieren geeignet ist, sehr aufmerksam Gehör schenken. Aber es ist sicher nicht überall genügend bekannt, daß gerade die führenden Leute der Londoner City ein recht sorgfältig erzogenes Empfinden für das Allgemeinwohl haben; zumal für die Nation, dann aber auch für das internationale Bedürfnis. Das Talent der Engländer, für sich persönlich Geschäfte zu machen, ist sehr groß, aber es ordnet sich doch oft mit einem beneidenswerten Gemeinsinn anderen Bestrebungen unter. Dazu kommt natürlich, daß die Engländer lieber sich selbst als Herrn Stinnes etwas gönnen, wie auch umgekehrt. Die Gedanken des Herrn Stinnes über den Osten und besonders über die Notwendigkeit, den Wiederaufbau des Ostens und Südostens in erster Reihe als eine Verkehrsfrage zu behandeln, finden Sympathie, wie die Engländer an sich auch jedem Projekt der Verwaltung der deutschen Eisenbahnen Aufmerksamkeit schenken werden, das rentableren Betrieb verspricht als bisher. Aber mit dem Hauptziel seiner Reise — so wie es sich den Engländern präsentiert — hatte Herr Stinnes kein Glück, und viele Deutsche werden sagen: Gott sei Dank, wenn sie hören, worum es sich handelt.

Herr Stinnes warf sozusagen die patriotische Idee, daß Deutschland zur Ueberwindung der Januarkrisis Bargeld, eine Anleihe, brauche, sowie den Wunsch der Engländer, daß das deutsche Eisenbahndefizit aus dem Budget verschwinden müsse, und schließlich seine eigene Absicht, ein gutes Geschäft zu machen, in einen gemeinsamen Topf und überraschte die englische Regierung mit folgendem Vorschlag:

Herr Stinnes und seine Freunde übernehmen die deutschen Bahnen vom Reich in ihren Privatbesitz und London wird aufgefordert, gegen Verpfändung dieser Bahnen dem Deutschen Reich die am 15. Januar fehlenden 500 Millionen Goldmark zur Verfügung zu stellen.

Dies ist der offizielle Vorschlag des Herrn Stinnes in Händen offizieller Stellen. Es wird nicht verwundern, daß sowohl in der City, wie in Whitehall bei denen, die dieses Angebot kennen und seinen vollen Sinn erfassen, nur mit Ironie oder aber mit einer für den deutschen Hörer peinlichen Entrüstung darüber geurteilt wird. Es wird darauf verwiesen, daß Herr Stinnes, dessen Vorschlag die Idee eines Moratoriums überhaupt nicht erwähnt habe, nichts anderes habe erreichen wollen, als dem Deutschen Reich lumpige (so war der englische Ausdruck) 500 Millionen zu verschaffen gegen die Verpfändung der bei diesem Anlaß und durch den Anlaß, nämlich durch die Notlage Deutschlands in seine Hände übergehenden Eisenbahnen. Das Befremdlichste sei, daß Herr Stinnes nicht den geringsten praktischen Gedanken darüber geäußert habe, was dann am 1. Mai zur Ueberwindung der bei Ausführung seines Plans lediglich vertagten Krisis geschehen solle. Vielmehr verfolgte er die Politik der Nichterfüllung trotz allen ihren Folgen, — doch in diesem besonderen Fall der Eisenbahnen wäre er bereit gewesen, zu erfüllen: wegen der Eisenbahnen.

Mein Gewährsmann, und er muß es wohl wissen, fügte hinzu, daß die englische Regierung nicht für einen Augenblick einen solchen Vorschlag in Erwägung gezogen habe. Es wäre, so urteilen die Kreise, vom Geschäft des Herrn Stinnes abgesehen, ein Wahnsinn gewesen — die Mark wäre danach ins Bodenlose gesunken. Statt dessen schlug die Londoner Regierung die Politik ein, die ich oben darstellte: sie verweigerte Deutschland das Geld und lenkte damit zur Stundung von Cannes und zum partiellen Moratorium hinüber. Auch das ist vielleicht nur ein bescheidener Schritt, aber es ist wenigstens eine Spur von Gemeinsinn darin.

*

Die „Frankfurter Zeitung" hat Herrn Stinnes darauf einen Brief geschrieben und ihn gefragt ob der Bericht den Tatsachen entspricht. Darauf hat Stinnes eine rein negative Antwort gegeben. Tatsächliches weiß er dem Bericht nicht entgegenzusetzen. Dafür schimpft er einigermaßen geschmacklos und aufgeregt über seinen Widersacher Rathenau, der erfreulicherweise in London mehr erreicht hat, als der Herr mit den neuen Millionen und dem alten Rock. Wer schimpft, hat unrecht, sagt das Sprichwort. Wir sind fest davon überzeugt, daß Herr Stinnes die deutschen Eisenbahnen verhökert haben würde, wenn ihm die Engländer den Willen getan hätten.

Bolschewisten plündern nicht!

Vom frommen Krieg der Bolschewiki.

Kopenhagen, 10. Februar. Der „Berlingske Tidende" wird aus Helsingfors telegraphiert. Die Karelier haben jetzt ihren letzten Stützpunkt in Mittelkarelien durch das Bombardement russischer Flieger aufgeben müssen. Die finnische Regierung hat umfassende Maßnahmen getroffen zur Aufnahme der vielen Flüchtlinge, die die Grenze überschreiten. Die Bolschewisten haben am letzten Sonnabend einen Plünderungszug über die Grenze unternommen. Die finnische Regierung hat an den bolschewistischen Minister des Auswärtigen in Moskau einen Protest gerichtet. Die russische Antwort besagt, daß es sich nicht um russische Soldaten (natürlich nicht! Bolschewisten plündern nicht!), sondern wahrscheinlich um finnische Verbrecher handle. Sie verspricht, diese bestrafen zu wollen, sobald russische Truppen ihrer habhaft werden sollten. (!!)

□ **Ein Antrag der D.V.P.** Laut „D. A. Z." hat die Deutsche Volkspartei im Reichstage den Antrag eingebracht, daß der Tag der Uebergabe Oberschlesiens an Polen zum nationalen Trauertag gemacht werden solle.

Wirtschaft.

Litauens Ausfuhr nach Deutschland.

Kowno, 8. Februar. Nach amtlichen Angaben betrug der Wert der Ausfuhr Litauens vom 1. Januar bis 1. November 1921 insgesamt 399 182 625 Mark. Davon entfielen auf die Ausfuhr nach Deutschland 213 193 908 Mark, nach England 103 182 009 Mark, in das Memelgebiet 59 301 035 Mark, nach Lettland 14 885 311 Mark, ferner geringere Beträge auf die Ausfuhr nach der Tschecho-Slowakei, Schweden, Amerika und anderen Ländern. Unter den nach Deutschland ausgeführten Waren sind hervorzuheben: unbearbeitetes Holz (73 Mill. M.), bearbeitetes Holz (39 Mill.), Leinsaat (37 Mill. M.), Flachs (14 Mill. M.), Eier (19 Mill. M.), Häute und Leder (8 Mill. M.).

Unangenehme Begleiterscheinungen.

Berlin, 10. Februar. Infolge des Eisenbahnerstreiks mußten im Bezirk Magdeburg eine Zuckerraffinerie wegen Kohlenmangel, eine andere wegen Rohzuckermangel den Betrieb einstellen. Die Oelwerke in Bremen leiden unter Rohstoffmangel. Zechen im Ruhrgebiet mußten die Arbeitszeit kürzen. Der Lokomotivenpark ist infolge des Frostwetters schwer beschädigt. **Im Bezirk Berlin ist die Hälfte der Lokomotiven reparaturbedürftig.**

Pariser Bankkrach.

Paris, 10. Februar. Das Bankhaus Claudedella Fontaine hat die Zahlungen eingestellt. Das Defizit beträgt 15 Millionen Frank. Das Institut besteht seit 90 Jahren und arbeitete mit einem Kapital von 25 Millionen.

10stündige Arbeitszeit in Polen.

Warschau, 10. Februar. Der Sejm nahm einen Gesetzentwurf über die zehnstündige Arbeitszeit im Handelsgewerbe und einen Antrag an, daß Handelsgeschäfte ununterbrochen zehn Stunden ohne Mittagspause geöffnet sein müssen.

Die wirtschaftspolitische Rundschau

unseres Berliner Mitarbeiters hat uns infolge der Unregelmäßigkeiten des Zugverkehrs bis heute nicht erreicht. Wir werden den Artikel an einem der ersten Tage der nächsten Woche sofort nach Eingang bringen.

Aus aller Welt.

Bestien in Menschengestalt.

In Göttingen wurde der 17jährige Sohn des Maschinenmeisters Beußhausen in einer neben der Küche gelegenen Kammer völlig zum Skelett abgemagert vorgefunden. Es wurde festgestellt, daß der junge Mann bereits seit dem vorjährigen Sommer von seiner Stiefmutter gefangen gehalten wurde und in dieser Zeit nur die notdürftigsten Speisen erhielt. Auf Veranlassung der Polizei wurde er in eine Klinik überführt, wo der Arzt eine schwere Lungenentzündung feststellte. Man nimmt an, daß die Stiefmutter ihn beiseite schaffen wollte, weil er ihr aus irgendeinem Grunde unbequem war. Die Untersuchung über das schaurige Vorkommnis wurde eingeleitet. — Soeben liegt schon wieder eine solche unmenschliche, herzlose Tat einer Stiefmutter vor. Aus Herberhausen wird folgendes gemeldet: Der 16jährige, nicht ganz normale Sohn August des Schuhmachers Louis Bühre wurde eines Abends im Oktober von seiner Stiefmutter dabei betroffen, als er nach dem Abendbrot in der Küche noch etwas aß. Aus Furcht vor Strafe lief er fort. Nach einigen Tagen kam der bedauernswerte Junge mit erfrorenen Füßen wieder zum Vorschein. Nun ließen die Eltern den Jungen fünf Wochen lang ohne ärztliche Hilfe und ohne Pflege bei unzureichender Nahrung in einer gegen die Kälte keinen Schutz bietenden früheren Futterkammer liegen. Dort wurde der Junge vom Baumeister Fürchtenicht und von Landjäger Hardege aus Weende vollständig angekleidet bis zum Skelett abgemagert mit angefaulten Füßen in Eiter und Unrat schwimmend auf seinem dürftigen Lager gefunden. Dem Eingreifen der Genannten ist es zu danken, daß der Junge in die Klinik überführt wurde, wo er nach einigen Tagen durch den Tod von seinen Qualen erlöst wurde. Der Junge war durch die vorausgegangene unmenschliche Behandlung so entkräftet, daß er die Amputation beider Beine, die die einzige Möglichkeit zur Erhaltung des Leidens bot, nicht mehr überstand.

Ein netter Pflegesohn. Aus Gotha wird berichtet: In Gräfentonna erschlug der sechzehnjährige landwirtschaftliche Arbeiter Schaffer seine beiden Pflegeeltern mit einem Hammer, legte sie ins Bett und schlug ein Loch in das Fachwerk der Mauern, um einen Einbruch vorzutäuschen. Der Mörder wurde verhaftet. Er gibt zu, die Tat mit Ueberlegung ausgeführt zu haben, um sich in den Besitz der Habe der Pflegeeltern zu bringen.

Folgenschwere Explosion. Aus Friesland wird gemeldet: Durch die Explosion eines Sprengkörpers, den spielende Kinder gefunden hatten, wurden neun Kinder getötet.

Provinz und Umgebung.

Arbeiterjugend Werbebezirk Merseburg.

Sonntag, den 12. Februar 1922, vormittags 10 Uhr im Jugendheim „Herzog Christian" wichtige Führersitzung. Sämtliche Funktionäre unserer Ortsgruppen müssen daran teilnehmen. Auf der Tagesordnung steht:

1. Bericht des Werbebezirkleiters.
2. Arbeiterjugend einst und jetzt. Referent: Reichstagsabgeordneter R. Krüger.
3. Jugendleiterkursus.
4. Bezirksjugendtag.
5. Verschiedenes.

Frei Heil! Der Werbebezirksleiter.

Merseburg. Gewerkschaftskartell. Von folgenden Gewerkschaften fehlt dem Kartellvorstand noch die Angabe der Adressen des Vorstandes und der Kartelldelegierten: Zentralverband der Lederarbeiter, Verband der Schneider, Zentralverband der Heizer und Maschinisten, Verband der Fleischer, Verband der Tabakarbeiter und dem Afa-Kartell Leunawerke. Wir ersuchen die Kollegen sofort diese Adressen dem Kollegen Otto Seyfarth, Verband der Fabrikarbeiter, Merseburg, Seffnerstraße 4 zu übermitteln.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells Merseburg.

Mansfelder Kreise—Sangerhausen.

Eisleben. Zahlungen an die städtischen Kassen. Der Magistrat schreibt uns: Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ersuchen wir, die Zahlungen an die städtischen Kassen möglichst im Wege des Ueberweisungsverfahrens zu leisten. Die Ueberweisung kann bei sämtlichen hiesigen Banken, sowie auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 10 352 bezüglich der Kämmereikasse, Leipzig Nr. 10 073 bezüglich der Stadtsteuerkasse, Leipzig Nr. 10 518 bezüglich der Stadtsparkasse geschehen.

Kelbra. Sitzung der Stadtverordneten. Am Dienstag abend fand eine öffentliche Sitzung unseres Ge-

Seit vielen Jahrzenten
verbürgt der Name
J. Lewin
für
beste Qualitätswaren
und
billigste Preise!

Gewaltige rechtzeitige Einkäufe und Abschlüsse mit den massgebendsten Fabriken und Häusern der Branche ermächtigen uns
die bevorzugtesten Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten
sowie alle Artikel des täglichen Bedarfs unserer Kundschaft noch preiswert zu überlassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220210-12/fragment/page=0003

meindeparlaments statt. Der Magistrat gab seine Stellung zu der Siedlungsfrage bekannt. Die Ausführungen auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes waren interessant. Ferner liegt die Möglichkeit vor, daß die Gipsberge in der nächsten Umgebung ausgebeutet werden können. Ein auswärtiger Unternehmer beabsichtigt, im Baggerloch, ein Gipswerk zu errichten. An Stelle des Stadtv. Härtung, der sein Amt niedergelegt hatte, wurde der Knopfmacher August Gerlach gewählt. Die Gründe für die Amtsniederlegung des Magistratsmitgliedes Friedrich Sachse wurden als berechtigt anerkannt. An seine Stelle wurde der Knopfmacher Kurt Rößler, Bergstr., zum unbesoldeten Magistratsmitglied gewählt. Die Preise für den elektrischen Strom für Licht und Kraft, sollen mit Wirkung vom 1. Dezember ab anderweitig geregelt werden. Da das hiesige Ortsnetz infolge der vielen Kraftanschlüsse, stark überlastet ist, sollen umfassende Reparaturen durch das Werk Bretleben vorgenommen werden. Insbesondere **sollen die** Hausanschlüsse einer genauen Prüfung unterzogen **werden.** Als Stadtverordnetenvorsteher wurde wieder der **Knopfmacher** Fritz Schröter (Kom.), als Stellvertreter Rektor **Rasehorn,** als Schriftführer Bureauassistent Franke, **als Stellvertreter Knopfmacher Karl Wangemann gewählt. Die Kreisfürsorgerin, Fräulein Schick, beabsichtigt in der** Schmidtschen **Anstalt** eine Mutterberatungsstelle für Frauen **und werdende Mütter einzurichten. Die Kosten in Höhe von** 397 Mark **werden bewilligt. Zuletzt wurden die Gebühren für Verlängerung der Liegezeit für Reihengräber auf** 500 **Mark und für Erbbegräbnisse auf** 1500 Mark erhöht.

Naumburg—Eckartsberga.

Der Machtkampf der Kirche in Wiehe.

Der abgeblitzte Pastor.

In der **letzten** Zeit **wurden** in **Wiehe** von **der Kirche Zirkulare** herumgeschickt mit der **Aufforderung** zu **unterschreiben. Auch** in **Arbeiterhäusern** gingen die **Sendboten** der **Kirche hausieren,** um Unterschriften zu sammeln. Was die Leute unterschrieben hatten, konnten sie nicht sagen. Eine Frau behauptete, man hätte ihr gesagt, die Schule sollte zerstört werden. Am 31. Januar sprach nun der deutschnationale Pastor Keßler in Wiehe, und da kam zu Tage, **was** die Kirche auf ihren Schleichwegen beabsichtigt hatte: Sie wollte Unterschriften sammeln für eine Eingabe, in der die **konfessionelle** Volksschule gefordert wird. Pastor Keßler sprach über den Reichsschulgesetzentwurf. Der Vortrag, hier und da mit rührseligen Geschichtchen verbrämt, war so oberflächlich, daß er überhaupt keinen Widerhall in der starkbesuchten Versammlung fand. Von den im Reichsschulgesetzentwurf mit vorgesehenen **Schularten, der Weltanschauungs-,** der weltlichen und der Gemeinschaftsschule, zeichnete der Redner nur Karrikaturen, während er **von** der konfessionellen evangelischen Volksschule ein derartiges **Loblied sang, daß wohl** schon dem Laien ein Licht **aufging,** welche **Absichten** der Redner verfolgte.

In der Debatte trat unser Genosse Schulze-Naumburg, ein langjähriger Schulfachmann, den laienhaften Ausführungen des deutschnationalen Pastors mit der nötigen Entschiedenheit entgegen. Er führte ungefähr folgendes aus: Die geistliche Ortsschulaufsicht ist mit der Revolution gefallen, damit ist der Einfluß der Kirche auf die Schule wesentlich verringert worden. Nun sucht die Kirche wieder auf Umwegen ihren alten Einfluß auf die Schule zurückzugewinnen, da sie weiß: Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Darum auch der außerordentliche Eifer der Geistlichen im Kampfe für die konfessionelle Volksschule. Auch wir können den Reichsschulgesetzentwurf nicht gutheißen. Er ist eine Folge des unseligen Weimarer Kompromisses. Wir entscheiden uns getreu unserem Programm für die weltliche Schule. Ausgehend von unserem Programmpunkt: „Religion ist Privatsache", fordern wir, daß Staat und Kirche völlig getrennt werden, daß der Staat sich allen Religionsgemeinschaften gegenüber neutral verhält und nicht etwa irgend eine Konfession unterstützt. Da nun aber die Volksschule eine staatliche Einrichtung ist, darf der Staat **in dieser Volksschule nicht zugunsten irgend einer** Konfession **seinen Einfluß geltend machen, indem er einen bestimmten Religionsunterricht vorschreibt. Die Eltern, die für ihre Kinder einen konfessionellen Religionsunterricht haben wollen, mögen das bei ihrer Religionsgemeinschaft beantragen. Aber auch vom Kinde aus müssen wir den konfessionellen Religionsunterricht verwerfen. Es wird nämlich dem Lehrer zugemutet, etwas in Kinder hineinzubringen, was derartig schwerverständlich ist (man denke nur an die Lehre vom heiligen Geist, an die Gottessohnschaft Jesu usw.), daß Kinder gar nicht imstande sind, diese übersinnlichen Dinge zu fassen. Es ist von der Wissenschaft längst widerlegt, und jeder Vater kann es an seinen Kindern ausprobieren, daß den Kindern ein Drang nach religiösen Dingen angeboren sei und daß dieser Drang sich schon in der frühesten Jugend in Fragen nach Gott usw. äußere. Nur dann, wenn man den Kindern davon erzählt hat, wird es mit entsprechenden Fragen kommen. Wir müssen auch den konfessionellen Religionsunterricht für die Volksschule ablehnen, weil er in der Hauptsache ein Unterricht des Auswendiglernens, des Drilles ist, bei dem die Kinder, wenn sie nicht sehr begabt sind, auf das schlimmste gequält werden.** Statt daß die Kirche fordert, daß den Kindern eine Unmenge von Sprüchen und Liedern als Trost für das Elend des Lebens gegeben werden sollen, hätte die Kirche lieber ihre große Macht dazu benutzen sollen, um das Proletariat aus dem fürchterlichen Elend herauszuführen. Hier **hat aber die Kirche völlig versagt.** Sie mußte versagen, da sie bestrebt sein mußte, dem Staat als Dank für geleistete Dienste gefügige Untertanen zu erziehen. Wenn wir die verschiedenen Schularten betrachten, die der Reichsschulgesetzentwurf vorschlägt, so wäre das äußerste, womit wir Sozialdemokraten uns abfinden könnten, die Gemeinschaftsschule, die eine Art Simultanschule darstellt. Mit der Aufforderung, den Sirenengesängen der Geistlichen nicht Folge zu leisten, schloß Genosse Schulze seine mit großem Beifall aufgenommenen einstündigen Ausführungen.

Auch der zweite Debatteredner, Rektor Rudolf aus Wiehe, wandte sich ganz entschieden gegen die Ausführungen des Vortragenden, indem er sich auf den Boden der Gemeinschaftsschule stellte. Und der Herr Pastor. . . . schwieg in seinem kurzen Schlußwort auf alle unsere Angriffe und bewies damit, daß unser Genosse Schulze mit seinen Ausführungen den Nagel auf den Kopf getroffen hatte.

Naumburg. „Kommunist sein heißt edler Mensch sein." Die Wahrheit dieses Ausdrucks demonstrierte am letzten Dienstag vor versammelten Gästen der Schriftsetzer Franz Neubert, Vorsitzender der hiesigen Mostauer und bei den nächsten Wahlen werdender Stadtrat, wenn bis dahin die revolutionären Phrasendrescher nicht schon eingepackt haben. Nur mit großem Ekel wandte man sich von dem gemeinen, ehrabschneidenden Gebahren dieses politischen Marodeurs. Sittlich entrüstete sich dieser Mensch über anderer Moral und die Ausdrücke Lumpen usw. sprudelte er flozzig hervor. Den vor kurzem erwähnten Geschäftspraktiken gegen seinen Freund E. könnten wir noch andere hinzufügen und zwar solche, die er in seiner Eigenschaft als strammer Heimkrieger und Soldatenratsmitglied in Merseburg übte. „So haben wir ihn noch nicht gesehen," äußerten sich seine Parteifreunde. Ja, freilich, den kennt ihr noch lange nicht. Neubert hat dem Kommunismus auch dieses mal wie schon so oft große Dienste getan und wenn wir nicht sagen sollen: wie der Herre, so's Gescherre, bleibt seinen wenigen Getreuen nur übrig, sich von diesem „moralischen" Menschen abzuwenden, der nicht nur das eigene Nest, sondern die gesamte Arbeiterbewegung beschmutzt.

Briefkasten der Redaktion.

Großhörner. Der Vertrag hat Gültigkeit, wenn die Unterschriften stimmen Sie können höheren Pachtpreis fordern, doch kann der Pächter das Pachteinigungsamt anrufen.

K. T., Naumburg. An der Bestimmung, daß mit dem Steuerabzug der Gehalts- oder Lohnempfänger seine Steuerleistung im Jahre 1921 abgegolten hat, ist noch nichts geändert. — Die gesetzlichen Vorschriften der Familien-Wochenhilfe müssen von den Krankenkassen erfüllt werden. Beschweren Sie sich bei dem zuständigen Versicherungsamt.

M. R., Düben. Die Entschädigung für Geschworene beträgt 30 Mark pro Tag und die Auslagen für die Bahnfahrt.

P. H., Löhsten. Sie müssen zunächst eine schriftliche Beschwerde bei dem Kreisausschuß einreichen und die Antwort darauf abwarten.

Konfirmanden-Kleider

aus nur reinwollenen, guten Stoffen, von **395 Mk.** an in sehr großer Auswahl.

Abänderung wird nicht berechnet.

Mäntel-Sernau

im Hochparterre
Gr. Ulrichstr. 54.

Lebensmittel
kauft jeder in anerkannt besten Qualitäten stets preiswert und gut bei
Otto Bornschein
G. m. b. H.
Halle, Mittelstraße 21.

Reclams Universal-Bibliothek
Preis **1.50** pro Nr.
empfiehlt die
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Tadellose
Fruchtweine
zu Familienfeiern empfiehlt
Trebstein, Kelterei Gutenberg.

Vereins-Anzeiger
zur
Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei,
Bezirksverband Halle. Harz 42/44. Fernruf 1611.
Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angeschlossenen **Gewerkschaften** sowie die auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden **geselligen Vereine.**

Bitterfeld. **Freitag,** den 10. Februar, abends ½8 Uhr im „Prinzen von Preußen" **Mitgliederversammlung.** Gen. Herm. Kirmse spricht über „Der Weg zum Sozialismus". Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Gäste sind willkommen. **Der Vorstand.**

Kaufgesuche

Kaninchenfelle
kaufen
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung, Fischerplan 2

Ein- und Verkauf von getr. Garderoben
usw.
G. Lukas, Merseburg, Sand 1.

Silber-, Gold-, Platin-Bruch,
alte Uhren, Gold- und Silbersachen
kauft zu den höchsten Tagespreisen
Alb. Sparmann,
Halle a. d. S.,
Große Steinstraße 47
(neben Walhalla).

Fellsammler!
Treffpunkt: Fischerplan 2.

Vermischtes

Neue Küchen- und Schlafzimmer-Einrichtungen,
Bettstellen, Patent- und Auflege-Matratz., Sofas Chaiselongues preiswert zu verk.
Möbelhaus
Kurt Hoffmann,
Ludw.-Wucherer-Str. 37, H. I
Nähe Merseburger Straße.
— Kein Laden. —

Schülermützen
von 23 Mk. an,
gute Verarbeitung.
J. Kaliga, Gr. Klausstraße 35.

Dauerhafte
Hosenträger
Ia Gummi, mit Lederstrippen, äußerst preiswert
H. Krasemann,
nur
Schmeerstraße 19.

Empfehle:
Pa. fettes Roßfleisch, Rouladen, Gehacktes, Knackwurst,
und täglich:
Warme Knoblauchswurst und Würstchen.
A. Reincke,
Dessauer Straße 16.

Trauringe
ohne Lötfuge
D.R.P.
Massiv Gold
833 585 750 u. 900
gestempelt
in allen Weiten u. verschiedenen Preislagen am Lager
Goldscharnier
Paar v. Mk. 40.— an.
Hermann Schladitz
Merseburg
Kleine Ritterstr. 11

R. T. 1. 4. 21.
Trauring-Ecke.
Massiv goldene
Verlobungsringe
in denkbar größter Auswahl,
das Stück 90–600 Mk.
Juwelier Titels Trauringecke.

Strümpfe
jeder Art, neu und anstricken
Winterstein, Oleariusstr. 9

Reparaturen an Uhren
Gold- und Silberwaren,
sowie
Schmucksach.
übernimmt bei
fachgemäß. Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,**
Uhren-Reparatur-Werkstatt
Große Steinstraße 85.
(gegenüber Barfüßerstraße).

Ich kaufe
getragene und neue
Garderoben
Wäsche aller Art
Militär-Bekleidung
zu angem. Preis.
P. HAMMER,
Rathausstr 17, Hof I.

Stadt-Theater
Sonnab., den 11. Febr.
Anf. 7½, Ed. 10 n. Uhr
Die neugierigen Frauen
Komische Oper
von **Wolf-Ferrari**
Sonntag nachm.
Magdalena.
Sonntag abend
Oberst Chabert

Hallisches Operetten-Theater
(Fernruf 6183).
Allabendlich 7½ Uhr:
Das Hollandweibchen
Kasse ab ½10 Uhr ununterbrochen geöffnet.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Zum letzten Male:
Die Geisha.

Einzige
Heil-Solquelle
stark radiumhaltig
Solbad Fürstental
Robert-Franz-Str. 10,
Telephon 2640.

Teichers Möbelhaus
Halle a. S., Untere gr. Steinstr. 82, I
empfiehlt **billige Schlafzimmer** mit echtem Marmor und Spiegel, **Herren- und Speisezimmer** in Eiche und Nußbaum, **kompl. Küchen, Plüschsofas, Bettstellen mit Drellmatratzen, Schränke,** sowie **gebrauchte Möbel.**
Keine Ladenmiete, daher äußerst preiswert.

Ata
Henkel's
Scheuerpulver
putzt
reinigt
Alles!

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf.
Preis Paket 1,50 Mk.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Kreiswohlfahrtsamt Merseburg.
Bestellungen auf Karten für die Dornröschen-Aufführungen im Stadttheater Halle a. S. am 15. und 18. **Februar** müssen für die erstere Vorstellung bis Sonnabend, den 11. Februar, für die letztere bis Dienstag, den 14. Februar, eingegangen sein. Bestellungen sind verbindlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220210-12/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Gruppe Zentrum: Heute Brettspielabend im Mozartheim, Weidenplan. Gruppe Nord: Heute Abend 7½ Uhr wichtige Funktionärsitzung bei dem Genossen Trabert, Fichtestraße 1a.

Jugendkartell. Freitag abend 7 Uhr Sitzung im Volkspark.

Halle und Saalkreisorte.

Halle, 10. Februar 1922.

Ein Bild aus der Hallischen Straßenbahn.

Linie Nr. 10.

Im Straßenbahnwagen.

Mit grotesken Eisblumenmustern sind die Fenster überzogen. Bei jedem Stoß ächzt und stöhnt der Wagen. Vor Kälte. Die sticht draußen wie mit Millionen feiner Nadeln. Unbarmherzig. Alles flieht den Stichen. Mit glühenden Nasen und Eiszapfen im Schnurrbart. Flieht ins Wageninnere.

Man sitzt eng zusammen. Nähe wärmt. Alles ärmlich gekleidete Gestalten. Arbeiter und Arbeiterinnen. Beamte und Kleinbürger. Aus ihren Antlitzen geistert die Not. Eine leise Müdigkeit schwingt. Einer sieht den anderen an. Erkennt sich selbst in ihm. Erkennt seinesgleichen. Schal, müde, leergebrannt und ausgepowert wie er.

Eine junge Arbeiterin ist mählich eingenickt. Ihr Kopf schaukelt bei jeder heftigen Bewegung des Wagens hin und her. Eine werdende Mutter stöhnt leise auf.

Schweigen herrscht.

Aber dieses Schweigen ist innerlich belebt. Es ist nicht das kalte, große Schweigen, das einen oft mitten in der Großstadt, im dichtesten Gewühl überfällt.

Die milde, milchige Dämmerung nimmt den Dingen die Schärfe der Kontur. Das Gefühl der Gleichheit reißt die Dämme des Fremdseins nieder. Gleiches Leid ist die tiefste Gemeinschaft. Ganz schüchtern glüht in den armen verirrten Augen für Minuten ein schönes Leuchten. Es ist der Abglanz des inneren Friedens, der sich ungewollt von Herz zu Herz mitteilt. Es ist plötzlich warm im Wagen. Alles ist leicht, nahe und schön. Und ein ganz leises Lächeln flattert über die zerfurchten Antlitze.

Ich allein stehe im Wagen. Ich fühle, wie es mir warm im Hasse aufkommt. Glaube den Pulsschlag des ungeheuerlichen Seins in dieser Enge des Straßenbahnwagens zu spüren, gehe unter in den Blumen des Menschlichen, die hier inmitten der bunt und willkürlich zusammengekommenen Menschen aufstrahlen.

Da zerreißt plötzlich der Zauber.

Die Schiebetür wird rasch und hart aufgerissen. Eine Dame in großem Pelzmantel, Muff und Reiherhut, Florstrümpfen und Lackschuhen zwängt sich durch die Tür. Hinter ihr ein wohlbeleibter, bepelzter Herr. Dessen Blicke laufen suchend die Gesichterreihe rechts nud links ab; etwas Kaltes, Finsteres, Feindliches blitzt ihm entgegen. Es ist alles zerstört, was von dem im Wagen schwebte. Und, wie auf Verabredung, keiner rührt sich keiner steht auf, der Dame seinen Platz anzubieten. Es ist, als fühlten alle, wie sich in diese unausgesprochene Gemeinschaft etwas Feindliches drängte. Der Schaffner muß vorbei. Die Dame wird gestoßen. Sie ist empört. Flüstert: Entsetzlich.

Schließlich biete ich ihr meinen Stehplatz an der Türe an. Sie lehnt ab. Kurz, kalt, beleidigt.

Da fällt die Situation ins Komische. Ich weiß selbst nicht wie. Aber ich muß lachen. Die angehende Mutter steigt aus. Die Dame setzt sich. Endlich! seufzt sie dabei.

Worauf der wohlbeleibte, bepelzte Herr sagt: Ungebildete Menschen! Ungebildete Menschen! Ungebildete Menschen.

Der Ueberteuerungszuschlag für Halle.

Rückwirkend ab 1. Oktober 1921.

Während die Eisenbahner im Streik standen, hat der D. E. V. mit Zähigkeit die Verhandlungen in Sachen der Ueberteuerungsaufschläge fortgesetzt. Für Halle wurde folgendes Resultat erreicht: Der Ueberteuerungszuschlag beträgt pro Stunde 0,50 Mark und wird rückwirkend ab 1. Oktober 1921 gezahlt.

Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten

Am Dienstag, den 7. Februar, fand im Volkspark die Jahres-Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten statt. Der Geschäftsbericht wies die erfreuliche Tatsache auf, daß eine Steigerung der Mitgliederzahl verzeichnet werden konnte, der Gesamtmitgliederbestand der hiesigen Ortsgruppe legt jedenfalls dafür ein Zeugnis ab, daß sich die Mehrzahl der Hallischen kaufmännischen Angestellten dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten angeschlossen hat. Auch die Kassenverhältnisse konnten als durchaus günstig bezeichnet werden Der sehr umfangreiche Geschäftsbericht fließ erkennen, daß das Vertrauen der Angestellten zum Zentralverband immer mehr wächst und daß es vor allem unter den „Deutschnationalen" eine ganze Anzahl Angestellte gibt, die erkannt haben, daß ihren Führern mehr daran gelegen ist, mit den Arbeitgebern Arm in Arm zu gehen, als eine konsequente Angestelltenpolitik zu treiben.

Bei der Vorstandsneuwahl wurde die von der Ortsverwaltung vorgeschlagene Liste einstimmig gewählt und zwar Koll. Pfeiffer als Vorsitzender, Koll. Eichstädt als stellv. Vorsitzender, Koll. Jacobus und Leinung als Schriftführer und die Koll. Beßler, Ehrhardt und Polinow als Revisoren.

Alsdann wurde zur Eisenbahnerbewegung Stellung genommen, wobei sich eine äußerst lebhafte und zum Teil auch erregte Debatte entwickelte. Eine eingebrachte Resolution mußte mehrfach abgeändert werden und fand alsdann in nachstehender Form mit knapper Mehrheit Annahme:

„Den streikenden Eisenbahnern wird vollste Sympathie und Anerkennung ausgesprochen. Der Erfolg der Bewegung ist verbürgt, wenn die Eisenbahner auch fernerhin festbleiben und ihnen die notwendige Unterstützung durch die anderen Arbeitnehmergruppen zuteil wird.

Die Haltung der Spitzenorganisationen des A. D. G. B. und der Afa wird schärfstens verurteilt. Die Führer der freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände müssen ebenso wie die Mitglieder erkannt haben, daß nicht nur die Interessen einer einzelnen Berufsgruppe auf dem Spiel stehen. Durch die arbeiterfeindliche Haltung des Reichspräsidenten und der Regierung werden vielmehr die vitalsten Rechte der gesamten Arbeitnehmerschaft unter Verfassungsbruch angetastet.

Die Generalversammlung erwartet von den Spitzenorganisationen umgehend Aufklärung, um sich ein Urteil über das Verhalten der Zentralen bilden zu können.

Die Generalversammlung fordert von den Gewerkschaften:

1. Die Unterstützung der streikenden Eisenbahner mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, um die Forderungen derselben zur Anerkennung zu bringen.
2. Maßnahmen zur Verwirklichung der aufgestellten 10 Forderungen (Erfassung der Sachwerte usw.)."

*

Wir möchten, da sich die Entschließung scharf gegen die Haltung des A. D. G. B. und der Afa wendet, hinzufügen, daß der Zentralverband der Angestellten der Afa angeschlossen ist. Die Unterzeichner des gemeinsamen Aufrufes sind von seiten der Afa die beiden U. S. P.-Mitglieder Aufhäuser und Süß. Man ersieht daraus, daß in den Zentralstellen U. S. P. und S. P. D. in der Beurteilung der Lage übereinstimmten. Die Annahme dieser Resolution, die mit einer Mehrheit von 7 Stimmen erfolgte, war nur dadurch möglich, daß sie ohne jede vorherige Ankündigung am Schluß der Versammlung von der kommunistischen Fraktion — vorwiegend Krankenkassenangestellte — eingebracht wurde. Ein großer Teil der Mitglieder hatte sich um diese Zeit schon entfernt. Es war also weiter nichts als ein Uebertrumpelungsversuch.

Die Lohnbewegung der gastwirtschaftlichen Angestellten.

Die Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände hat in der „Libelle" eine sehr stark besuchte Versammlung aller gastwirtschaftlichen Angestellten abgehalten, um zu einem Vorschlag der Hallischen Wirtevereinigung Stellung zu nehmen Der Vorstand des Ortsverbandes Hallischer Wirtevereine hatte in einem Anschreiben eine Besprechung zwecks Revision des Tarifvertrages nachgesucht, welche auch am Montag, den 30. Januar, stattgefunden hat Die Gehilfenschaft erwartete aus diesem Angebot, daß endlich ihre Arbeitgeber zu der Einsicht gekommen seien, daß die bestehenden Lohnsätze — monatlich 900 bis 1000 Mark Garantie und 25 Prozent Teuerungszuschlag für das Bedienungspersonal, ebenso die Entlohnung der Köche sowie des sämtlichen Hilfspersonals, doch den jetzigen Zeitverhältnissen absolut nicht mehr Rechnung tragen, und ein freiwilliges Angebot auf bessere Entlohnung zu erhalten. Aber weit gefehlt unsere Arbeitgeber wollen die Entlohnung des Bedienungspersonals von sich abwälzen durch Einführung eines 10prozentigen Bedienungsgeldes, d. h. die hiesigen Gastwirte wollen die jetzt in die Speisen und Getränke einkalkulierten Zuschläge für Bedienung selbst einstecken, und die Kellner sollen sich von den Gästen entlohnen lassen. Durch die Erhebung eines 10prozentigen Aufschlages als Bedienungsgeld. In der anregend geführten Aussprache nahmen alle Redner zu diesem entwürdigenden Angebot Stellung und verwarfen einmütig die Wiedereinführung des Bedienungsgeldes. Folgende aus der Mitte der Versammlung gestellte Entschließung fand einstimmige Annahme: Die am 3. Februar 1922 sehr zahlreich besuchte öffentliche Versammlung der Gasthausangestellten beauftragt die Arbeitsgemeinschaft, das Bedienungsgeld in jeder Form abzulehnen eine der Teuerung entsprechende feste Entlohnung zu fordern, die Kündigung des Tarifes am 1. März 1922 zu veranlassen und im Falle einer Weigerung von äußersten gewerkschaftlichen Mitteln Gebrauch zu machen.

K. P. D. und U. S. P. zum Eisenbahnerstreik.

Zu gestern abend hatten die beiden genannten Parteien Versammlungen einberufen, um über den Eisenbahnerstreik das Urteil zu fällen. Die U. S. P. verdrüpfte damit noch den „Steuerabzug und die Einigung des Proletariats". Man hätte meinen sollen, das reichhaltigere Programm des Abends hätte die Massen zur U. S. P.-Versammlung ziehen müssen, aber es waren vielleicht nur der zehnte Teil Besucher zu verzeichnen, wie eine Treppe höher bei den Kommunisten. Doch selbst hier war der Saal nicht ganz gefüllt. Man hatte die Portieren herabgelassen, um den hinteren leeren Teil abzuschließen. Beamte waren sehr wenig vertreten. Die Industriearbeiter überwogen.

Der Kommunist Schumann hatte das Referat übernommen, um die K. P. D. reinzuwaschen. Es war natürlich nicht wahr, daß sie den Streik zu einem politischen machen wollte. Es war nicht wahr, daß sie andere Forderungen aufstellte wie die Eisenbahner. Es wird wohl aber kaum möglich sein abzuleugnen, daß die am Montag angenommene Resolution von den Kommunisten herrührt und daß die Versammlung mit kommunistischen Anhängern aus der Industrie, nicht aus dem Eisenbahnbetriebe, planmäßig besetzt wurde. Hervorzuheben ist noch, daß Schumann die Leitung der

Große öffentliche

Beamten-Versammlung der S. P. D.

am **Sonntag, den 12. Februar 1922**, vorm. 10½ Uhr in **„Wilsdorfs Gesellschaftshaus"**, Karlstr. 14 Reichstagsabgeordneter **Richard Krüger** spricht über:

„Der Eisenbahnerstreik und seine Folgen."

Die Parteigenossen werden ersucht, für einen guten Besuch durch die Beamten zu agitieren.

Antje Möller.

Roman von

Kurt von der Eider.

(40. Fortsetzung.)

Vertraulich machte Niklas sich an sie heran, aber sie ließ ihn abfahren wie einen Schuljungen und wandte sich ganz Rolf zu.

„Du kommst ja gar nicht mehr," sagte sie in neckischem Tone, hinter dem der ernste Vorwurf sich versteckte. „Hast wohl ganz vergessen, daß wir auch zur Familie gehören? Kannst ruhig mal mit herankommen abends, auch wenn Timm nicht zu Hause ist. Timm ist nicht eifersüchtig; nicht wahr, Alter?"

Sie schlug ihren Mann auf die Schulter, daß er sich lachend duckte.

Rolf drehte sich nach dem jungen Menschen um; ihm war es, als müsse er jetzt höhnisch grinsen, aber er fand nichts in seinen Mienen, was ihn beunruhigte.

Schwerwiegend lehnte er sich zurück und murmelte etwas von vielen Arbeiten und Sorgen.

„Das glaube ich," sagte Ingeborg. „Du hast deinen Packen. Nächstens komme ich mal mit heran und sehe, was ihr macht. Das heißt, wenn du an unserer Haustür künftig wieder vorbeigehst, finde ich auch deine nicht." Sie lachte bei diesen Worten, aber Rolf fühlte, daß es ihr Ernst war.

Als er ging, gab sie ihm das Geleit bis vor die Haustür. Hier sahen sie sich einen Augenblick lang in die Augen. Seine Augen sprachen: „Ich bin ein armer Mann, gib mir ein bißchen von deiner frischen Freundlichkeit; dann machst du mich reich." Ihre Augen redeten aber eine andere Sprache. Sie forschten, ob unter der stillen Oberfläche noch ein Fünkchen von der früheren Glut glimmte, und ob es sich wohl verlohnen würde, es anzufachen. Sie wurden beide nicht klug auseinander.

Rolf kam seitdem nicht von dem Gedanken an sie los, und er wehrte seinen Gedanken nicht mehr. Wohl tauchte Antjes Bild noch ab und zu vor seinen geistigen Augen auf, aber es war ein verblaßtes Bild, das bald wieder verflog.

Ingeborg kam am Sonntagnachmittag zum Kaffee. Sie sah hübsch, rosig und frisch aus und war in der heitersten Laune.

Auf Rethwischhof herrschte eine schlechte Stimmung, als sie ankam; aber sie verbreitete sofort Licht und Wärme um sich.

Frau Karline langte mit müder Gebärde die Tassen aus dem Schrank. Das Binnermädchen brachte die Kaffeekanne und die Rahmkumme herein mit brummigem Gesicht und entfernte sich sofort wieder. Wiebke schenkte den Kaffee in die Tassen, ohne aufzusehen, ohne die zusammengebissenen Lippen zu öffnen.

Karline fing sofort an zu klagen. Ihr täte es hier und dort weh. Sie könne nicht überall sein, und die Leute spielten ihr auf der Nase. Neulich hatte sie die Binnerdeern dabei überrascht, daß sie sich ein Stück Schwarzbrot dick mit Butter bestrich. Die Winteräpfel würden auch nach und nach fortgestohlen. Rolf kümmerte sich um nichts, und Wiebke wäre noch zu jung; von der ließen sich die Deerns nichts sagen. Auch die Knechte taugten nichts. Der zweite Knecht müsse zu Mai fort, und Rolf wäre ärgerlich, weil er noch keinen wieder habe. Es wäre so schrecklich schwer, Dienstboten zu bekommen; man müsse mit ihnen umgehen, als wenn sie von Glas wären.

Während Frau Karline ihr Herz ausschüttete, saß Rolf auf seinem Stuhl und gähnte und wand sich schier vor Langeweile und Verdruß. Wiebke sah stumm und teilnahmslos aus dem Fenster.

Wiebke war kein häßliches Mädchen. Sie sah dem Vater ähnlich. Sie war groß und schmächtig, ihr Gesicht war ein wenig blaß und schmal, aber die dunkelblauen Augen und das volle dunkelblonde Haar waren hübsch. Die feinen Gesichtszüge wurden verunstaltet durch einen hochmütigen, gelangweilten Zug. Nichts in dem Wesen des jungen Mädchens erinnerte an Jugend und Frische. Die Luft, in der sie aufgewachsen war, hatte in dem ehemals harmlos fröhlichen Kinde jeden Keim zur Heiterkeit und Liebenswürdigkeit erstickt.

Als das junge Mädchen auf eine kleine Weile hinausging, sah ihr Frau Karline mit mißmutigem Blick nach. „Sie ist so eigensinnig; es ist rein gar nichts mit ihr anzustellen," klagte sie mit weinerlicher Stimme.

„Schickt sie doch mal von Hause fort," riet Ingeborg. „Laßt sie man etwas anderes kennen lernen. Du warst ja auch früher fort."

„Ja, ich habe die Gewerbeschule in Kiel besucht; es hat ein schönes Geld gekostet."

Jetzt nahm Rolf das Wort. „Wenn sie vom Hause soll, dann laß sie lieber auf einen Hof kommen, wo sie was Ordentliches lernt, damit sie mal eine tüchtige Bauernfrau wird."

„Siehst du," sagte Karline mit einer Märtyrermiene, „Rolf ist immer anderer Meinung als ich. Ich, das Mädchen ist der Nagel zu meinem Sarge."

„Dann gebt sie doch mal auf ein Jahr in einen ländlichen Haushalt als Stütze bei familiärer Stellung ohne Gehalt. Es gibt genug Stellen auf Gütern oder großen Höfen, wo ein junges Mädchen etwas lernen kann und es doch dabei gut hat. Sag' mal, Wiebke," wandte sie sich an die Eintretende, „möchtest du nicht mal vom Hause fort?"

Wiebkes Antlitz belebte sich ein wenig. „Ich möchte wohl," sagte sie mit ernstem Kinderblick.

„Dann setzt doch mal eine Annonce in die „Itzehoer Nachrichten" oder seht mal die Annoncen durch; vielleicht finden wir etwas. Gib doch mal die Zeitung von gestern her, Wiebke!"

Das junge Mädchen brachte flinker, als es sonst seine Art war, das Gewünschte. Die Frauen vertieften sich in den Anzeigenteil.

Rolf atmete auf und lehnte sich in seinem Stuhl zurück. Es war ihm zumute, als ob nach langer Regenzeit die Sonne mal wieder durch die Wolken brach.

Jetzt begegneten seine Augen Wiebkes Blick, und er las in ihrem Antlitz, daß sie ebenso fühlte wie er.

Als Ingeborg am Abend fortging, war es beschlossene Sache, daß Wiebke vom Hause kam. Es war zum Schlusse noch recht gemütlich geworden. Ingeborg hatte allerhand erzählt, worüber man lachen mußte. Karline vergaß ihre Klagen, Wiebke taute auf, Rolf war voll froher Dankbarkeit.

Er geleitete Ingeborg bis vor die Haustür. „Bleib' du nur sitzen," rief sie Karline zu. „Wiebke, paß auf, daß die Mutter nicht hinausgeht! Sie kann sich den Tod davon holen."

Die Stubentür blieb eine Spalte breit offen. Karline konnte sehen, wie Ingeborg Rolf die Hand gab; sie hörte aber nicht, was sie sprach.

„Armer Rolf, wie hälst du es aus in deiner Hölle?"

„Ich muß wohl; in den Himmel komme ich doch nicht hinein."

„Du mußt nur wollen." Ihre Augen flimmerten, wie wenn die Sonne aufs graugrüne Meer scheint. In ihrem Händedruck lag etwas, was ihn erschauern ließ.

„Wie meinst du das?" fragte er.

„Morgen abend gegen acht Uhr," flüsterte sie. Dann ging sie lächelnd und kopfschüttelnd fort.

„Morgen abend gegen acht Uhr," wiederholte Rolf in Gedanken.

Den ganzen folgenden Tag über, wo er ging und stand, hörte er diese Worte. Sie setzten sich in seinem Kopf fest; sie regten ihn auf und machten ihn gegen alles andere gleichgültig . . . Am Abend, als die Abendkost abgetragen war und man sich um die Lampe setzte — es war die Stunde, da Frau Karline nachzuhören pflegte, was sie am Tage an Schelten und Quängeln versäumt hatte — stopfte Rolf sich die Pfeife, nahm die Mütze vom Nagel und ging ins Dorf.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519220210-12/fragment/page=0005

Reichsgewerkschaft wegen ihrer Streiktaktik besonders lobte. Sie habe äußerst klug und geschickt gehandelt als sie jene gemeinsamen Schritte mit dem A.D.G.B. und den übrigen Gewerkschaften ablehnte. Sogar unser Genosse Flücht mußte herhalten, um gegen die Sozialdemokratie Stimmung zu machen. Flücht hatte einmal im Privatgespräch Schumann mitgeteilt, wie schwer ihm der innere Kampf wurde, ehe er als Beamter schon früher den Weg zur Sozialdemokratie fand. Dieses Privatgespräch mußte nun herhalten, um darzulegen, wie Sozialdemokraten innerlich gar nichts von Streikrecht wissen wollten und am liebsten 16 Stunden arbeiteten. Es wurde nicht erwähnt, daß für Flücht dies der Ausgangspunkt war, um darzulegen, welche große Umwandlung in jedem Beamten vorgehen muß, um ein wirklicher Sozialdemokrat zu werden. Es war eben die übliche demagogische Rede, die Schumann hielt.

Schöffengericht.

Der Zigarrenfabrikant Karl K., hier, hat eines Abends v. J. im Rausch auf dem Riebeckplatz Passanten belästigt und sich auf dem Wege zur Wache recht widerspenstig benommen. Man hatte ihn nach der Vernehmung schon wieder laufen lassen, mußte ihn aber wegen seiner Krakehlerei wieder in Gewahrsam nehmen und sogar fesseln. Das Gericht hält dem schwächlichen Angeklagten seinen Zustand und seine Sorgen wegen seiner Frau, die in einer Trinkerheilanstalt untergebracht ist, zugute, weil ihm infolgedessen der „Sorgenbrecher“ Alkohol schon in kleiner Menge gefährlich werden mußte. Er kommt mit einer Geldstrafe von 60 M. bezw. 6 Tagen Haft weg.

Im Aerger über schlecht und spät erhaltene Telephonverbindungen hatte der Fleischermeister Rich. Kühne, Teutschenthal, sich zu beleidigenden Aeußerungen gegen die die Verbindungen herstellende jugendliche Beamtin durch den Draht hinreißen lassen. Das Gericht unterstellte als wahr, daß das betr. Oberpostmeisterstöchterchen Privatgespräche bis zur Dauer einer halben Stunde führte. K., der sich mit einem Gefühl des Schikaniertwerdens getragen, wurde zu 200 M. Geldstrafe bezw. 4 Tagen Gefängnis verurteilt.

Seinen Zorn über die Untreue der Geliebten ließ der jugendliche Bäcker Karl K., hier, am 8. 10. 21 in recht unsinniger Weise aus. Er ging in den Flur des Hauses der Maid und zerstörte dort die Klinke einer Ladenhintertür, einen Schalterschrank und hob die Fensterläden der Haftür aus. Bei der polizeilichen Vernehmung bezichtete er sich angeblich um milder angefaßt zu werden des Versuchs, Wäsche in jenem Laden zu stehlen, welche Absicht er jetzt entschieden bestreitet. Ihm wurde eine kleine Schußwaffe abgenommen, die sich der Angeklagte, nachdem er einmal in der Heide angefallen worden sei, gekauft haben will. Das Gericht hält ihn nicht des versuchten Einbruchsdiebstahls unter Anwendung von Waffengewalt für schuldig und verurteilte ihn zu 30 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Haft wegen unerlaubten Waffenbesitzes und Einziehung des Schießeisens.

In dem 2. öffentlichen Vortrag über „Die Presse“ in der Volkshochschule Halle am Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 5 Uhr im Auditorium maximum (Melanchthonianum) der Universität spricht Herr Redakteur Martin Feuchtwanger über besonders charakteristische Zeitungen, über die sozialistische Presse, über die Entstehung einer Zeitung vom Manuskript bis zum gedruckten Blatt und über die Not der Presse. — Der Vortrag ist auch für den verständlich, der den 1. Vortrag nicht gehört hat. Im Anschluß findet eine Führung durch den technisch am modernsten eingerichteten Betrieb „Die Hallischen Nachrichten“ statt. Karten: Gr. Märkerstraße 10. I, bei Pförtner Kluge (Melanchthonianum), Abendkasse.

Sprechstunden im Versorgungsamt. Vom 12. Februar d. J. ab bleibt das Versorgungsamt Halle a. S. und zwar bis Ende Juni 1922 nur noch Montags und Donnerstags geöffnet, an den übrigen Tagen aber geschlossen. Die Sprechstunden Montags und Donnerstags finden statt zwischen 9—1 Uhr (wie bisher). Nur in ausnahmsweise dringenden Fällen wird außerhalb der gewöhnlichen Sprechstunden Auskunft erteilt. Diese Regelung erfolgt im Einvernehmen mit sämtlichen Organisationen der Kriegsbeschädigten und der Fürsorgestellen der Stadt, sowie des Saalkreises mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Versorgungsamtes.

Flieger und Luftschiffer in Halle, bisher in mehrere Gruppen zersplittert, sind im Begriff, alle für den Aufbau der deutschen Luftfahrt wertvollen Kräfte zu sammeln und sich mit dem Sächs.-Thür. Verein für Luftschiffahrt zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen. Den Abschluß wird diese Einigung finden in einem öffentlichen Luftfahrtabend unter dem Motto: „Von Not und Aufstieg der deutschen Luftfahrt“ am Donnerstag den 16. Februar, in der Berg-Loge mit Kinovorführung von Luftfahrt-Filmen. Auch weitere Kreise in Halle, die an der Luftfahrt Freude haben und sich für ihre Förderung interessieren, besonders die Jugend, sollen zum Anschluß gewonnen werden.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, wird die Operette „Die beiden Nachtigallen“ wiederholt. Sonnabend „Die neugierigen Frauen“, Sonntag nachmittag, 3½ Uhr, Volksvorstellung bei kleinen Preisen „Magdalena“, Volksstück von Ludwig Thoma. Sonntag abend Erstaufführung „Oberst Chabert“, Musiktragödie von Hermann Wolfgang von Waltershausen. Montag 7½ Uhr „Undine“.

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7½ Uhr, das Märchenspiel „Schwanenweiß“ von Strindberg zur Aufführung. Eintrittskarten an der Kasse des Stadttheaters.

Freie Volksbühne. Thalia-Theater: „Was ihr wollt“. Spieltage: C: Sonnabend, den 11. Februar, D: Montag, den 13. Februar, A: Mittwoch, den 15. Februar, E: Donnerstag, den 16. Februar, F: Montag, den 20. Februar 1922.

Provinz und Umgegend.

Torgau—Liebenwerda—Schweinitz.

„Staatsfeindliche Reichsgewerkschaftler. — Nette Polizei!“

In Nr. 230 des „Liebenwerdaer Kreisblattes“ vom 7. Februar 1922 finden wir folgenden, äußerst interessanten Artikel, der wirklich alles, was uns von dem „Kreisblatt“ an geistiger Nahrung vorgesetzt worden ist, in den Schatten stellt. Es heißt da:

„Nette Polizei! Eine kaum glaubliche Meldung kommt aus Sachsen. Der Verband Sächsischer Polizeibeamter hat der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner seine moralische Unterstützung ausgesprochen, ebenso andere Beamtengewerkschaften. Man sollte es nicht glauben, aber es ist wirklich Tatsache, daß Polizeibeamte, die ihr Gehalt bekommen, und ihre Anstellung erlangt haben zum Schutze des Staates gegen staatsfeindliche Streiks, streikenden Beamtengruppen ihre Sympathie und ihre moralische Unterstützung aussprechen.“

„Nette Polizei!“ Nett, weil sie einer Gewerkschaft moralische Unterstützung gedeihen läßt, einer Gewerkschaft, die einen — wohlgemerkt — „staatsfeindlichen“ Streik führt.

Jedem zum Schutze des Staates bereiten Polizeibeamten muß dieser Schmutzartikel das Blut in ehrlicher Entrüstung in den Kopf steigen lassen. Nicht in Beschämung darüber, daß man sich erst durch die „staatsfreundliche Presse“ darauf aufmerksam machen lassen muß, daß es längst Zeit gewesen wäre, sich bis an die Zähne bewaffnet, als Bestien in Menschengestalt, auf die mit dem letzten gewerkschaftlichen Mittel kämpfenden Gewerkschaften zu stürzen und sie zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen, sondern darüber, daß man den Polizeibeamten so wenig Verstand zumutet, um selbst zu erkennen, was eine staatsfeindliche Handlung ist. Polizeibeamte! Man hat euch damit betraut, Bahnanlagen und Kunstbauten zu besetzen, um sie gegen Sabotageakte zu schützen. Habt ihr es nötig gehabt, auch nur einmal gegen Reichsgewerkschaftler vorzugehen, sie betroffen bei der Zerstörung ihrer Werkzeuge, von Staatseigentum? Habt ihr nicht selbst erkannt, daß der Kampf ehrlich geführt wird? Ihr preußischen Polizeibeamten, man pöbelt eure sächsischen Kollegen an, denen ein Bravo für die richtige Erkenntnis der tatsächlichen Lage gebührt, wollt ihr nicht selbst zu diesem Artikel Stellung nehmen? Wollt ihr es stillschweigend dulden, daß man euch das im Artikel 118 der deutschen Reichsverfassung für jeden Deutschen verankerte Recht der freien Meinungsäußerung abspricht?

Man hat euch eingruppiert in die Gruppen 2, 3 und 4, im günstigsten Falle in Gruppe 5 des Beamtenbesoldungsgesetzes. Anstrengend ist euer Dienst. Ständig müßt ihr, besonders die kommunalen Polizeibeamten auf kleinen Ortschaften, zum Tag- und Nachtdienst bereit sein, ständigen Gefahren ausgesetzt. Könnt ihr anders handeln, als einer Gewerkschaft, die für die Besserstellung der unteren Besoldungsgruppen kämpft eure Sympathie entgegenzubringen? Gerade um Ruhe und Ordnung im Staate nicht zu gefährden, harrt ihr auf euren Posten aus, erkennt mit klarem Blick daß die Ergreifung des letzten gewerkschaftlichen Mittels andererseits dem Staate unabsehbaren Schaden bringt. Darum gebt denen die euch anpöbeln, dem in dem bürgerlichen Fahrwasser segelnden Verfasser des Schmutzartikels die gebührende Antwort, indem ihr zunächst einmal diese bürgerlichen Zeitungen aus eurem Hause verbannt und die Zeitung aufnehmt, in der tatsächlich eure Interessen vertreten werden, die sozialdemokratische Presse.

Falkenberg. Gemeindevertreter-Sitzung. Die Gemeindevertretersitzung fand am Dienstag, den 7. Februar statt. Die Anstellung des Gegenbuchführers Bernicke wurde einstimmig beschlossen. Er wurde in die 7. Gehaltsklasse eingruppiert. Punkt 2, Beschaffung eines Geldschrankes fand ebenfalls einstimmige Annahme. Das Anerbieten der Postverwaltung zur Zahlung eines Arbeitgeberzuschusses seitens der Postverwaltung für das 6-Familienhaus für zwei Wohnungen wurde angenommen. Es wurde dann die Angelegenheiten mit den Kalksandsteinwerken endgültig erledigt. Punkt 5: Bau eines Kreiskrankenhauses in Falkenberg und Punkt 7: Armenhausangelegenheiten fanden in geheimer Sitzung ihre Erledigung. Unter „Verschiedenes“ wurde von unseren Genossen verlangt, daß die Arbeiten zwecks Zurückzahlung der zuviel gezahlten Steuern so schnell wie möglich erledigt werden sollten. Von unserer Seite wurde eine Anfrage eingebracht, wie es käme, daß der „Seidene Klub“ für einige Fuhren Tannen 50 Mark zahlt, während andere für eine Handwagenladung 10 Mark zahlen müßten. In Zukunft dürfen größere Mengen Reisig oder Tannen nur unter Zustimmung von Preisfestsetzungen von der Forstkommission abgegeben werden. Die geheime Sitzung wurde erst nach Mitternacht geschlossen.

Falkenberg. Unglücksfall. Gestern nachmittag ereignete sich in unserem Gemeindeforst ein schwerer Unglücksfall. Der Waldarbeiter Bischoff aus Uebigau war mit Bäumefällen beschäftigt, dabei erhielt er von einem stürzenden Baum einen Schlag auf den Kopf, so daß er schwerverletzt nach Hause geschafft werden mußte.

— Steuerrück- und Nachzahlung. Vom Montag, dem 13. Februar ab, finden in der hiesigen Gemeindekasse während der Dienststunden die Verrechnungen der Steuerabzüge vom Jahre 1920 statt. Alle die im Jahre 1920 dem zehnprozentigen Steuerabzug unterworfen waren, werden aufgefordert, vom Montag ab die Verrechnung desselben entgegen zu nehmen.

Bockwitz. Aus der Parteibewegung. Am Montag abend fand im Volkshause unsere fällige Monatsversammlung statt. Der neue Vorsitzende, Gen. Ulrich, verlas die Eingänge und forderte alle Mitglieder zu eifriger Mitarbeit auf. Hierauf hielt Gen. Neßler einen Vortrag über die kommenden Gemeindewahlen, der für die anwesenden Genossen sehr lehrreich war und manchen Fingerzeig für die Zukunft enthielt. Da die neue Landgemeindeordnung im Frühjahr endlich herauskommen soll, wurde eine Kommission gewählt, die gemeinsam mit dem Vorstand die Aufstellung der Liste für die Gemeindewahlen vorzubereiten hat. — Den Bericht über die letzte Gemeindevertretersitzung gab Genosse Schüller. — Der in Delitzsch stattfindende Jugendleiterkursus soll von einem oder zwei Genossen beschickt werden. Man war sich ferner darüber einig, daß nicht genug getan werden kann, um die Jugend- und Frauenbewegung zu kräftigen. Und dies muß gelingen, wenn jeder Einzelne nicht abseits stehen bleibt, sondern mitarbeitet und damit beginnt, seine eigenen Angehörigen unseren Bestrebungen zuzuführen.

Naundorf. Gemeindevertreter-Sitzung. Am 8. Februar tagte hier die Gemeindevertretung und erledigte die Tagesordnung wie folgt: 1. Der Eingemeindung von acht Morgen Land aus dem Gutsbezirk Lauchhammer wird mit allen Stimmen zugestimmt. 2. Ebenso einstimmig wird einer Geländeumbezirkung von 7 bzw. 9 Hektar zwischen Gemeinde Naundorf und Gutsbezirk Lauchhammer am sogenannten Bockwitzer Kirchsteg zugestimmt. 3. Dem Antrage des Landwehrvereins die auf dem Dorfplatze von ihm gepflanzte Eiche wieder umzäunen zu dürfen wird zugestimmt, in der Erwartung, daß der genannte Verein den Zaun nicht wieder so verwahrlosen läßt, wie es bis zur Entfernung des bisherigen Zauns der Fall war. 4. Ein Antrag auf Erhöhung der Erziehungsbeihilfe für ein Pflegekind wird dem Gemeindevorstand zur Nachprüfung und Berichterstattung in der nächsten Sitzung überwiesen. 5. Zu dem Straßenbau Lauchhammer—Naundorf bietet die Aktiengesellschaft Lauchhammer 35 000 Mark zu den etwa 45 000 betragenden mit der Maßgabe an, daß eine Einmischung „Dritter“ — wie der Bureaukrat Rehbaum der Aktiengesellschaft Lauchhammer, der das Schreiben verfaßt hat, so schön und treffend sagt — bei dem Straßenbau ausgeschlossen sein soll. Mit diesem „Dritten“ meint nämlich St. Bureaukratius die Gemeinde Naundorf. — Dies sei zur Orientierung vorausgeschickt, ist also nicht in der Gemeindevertretung verhandelt und gesagt worden. Es muß dies hier betont werden, weil die Gemeinde anscheinend die Rache Lauchhammers fürchtet, wenn die Wahrheit berichtet wird. — Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, daß die Ausschaltung der Gemeindeverwaltung bei dem Straßenbau nicht zugestimmt werden könne. 6. Es wird eine sechsgliedrige Kommission zur Festsetzung der Rentenzuschläge gewählt. 7. Verschiedenes: Der Gemeindevorsteher macht einige Mitteilungen und beantwortet Anfragen. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Sport und Körperpflege.

Turn- und Sport-Verein „Fichte“, Halle (Fußball-Abt.). Dienstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im Volkspark Vorstandssitzung der Fußball-Abteilung.

Verantwortlich für leitenden Artikel, Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales, Gewerkschaftliches und Genossenschaftliches: Paul Täumel, für Provinzielles und Allgemeines: Karl Garbe, für Anzeigen und Verlag: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle.

Wie sah der alte Goethe aus?

Goethes Erscheinung strahlte in seinem Alter die ganze Lebenshöhe und Lebensweisheit wieder, die dieser größte Deutsche in der Vollendung seiner Entwickelung erreicht hatte. Deshalb steht die Gestalt des alten Goethe gleichsam im Mittelpunkt der klassischen Weimarer Zeit, die für uns stets das größte Wunder der deutschen Kultur bleiben wird. Auf das Anschaulichste erleben wir diese Epoche in einem soeben bei der Gesellschaft zur Verbreitung klassischer Kunst in Berlin erschienenen Werk „Goethe-Gedenkblätter-Weimar“, das vom Weimarer Goethe-Nationalmuseum herausgegeben wird. In diesem Buch, in dem die schönsten Bilder unserer klassischen Geistesheroen und ihrer Umwelt vereinigt sind, findet sich in dem fein ausgewählten Text auch eine Zusammenstellung von Aeußerungen, die uns schildern, wie der alte Goethe aussah. So schreibt C. W. von Woltmann bereits 1805: „Wenn Goethe sich froh seiner Natur überläßt, so ist es wirklich, als wenn die Sonne aufgeht. Vor seinem Licht verschwindet immer mehr alle Schranke, und in seinem Auge, seiner Stirn, seinen Zügen, die sich immer mehr erweitern, liegt gleichsam das Universum.“ Johanna Schopenhauer sagt 1806: „Er ist das vollkommenste Wesen, das ich kenne, auch im Aeußeren; eine hohe, schöne Gestalt, die sich gerade hält, sehr sorgfältig gekleidet, immer schwarz oder ganz dunkelblau, die Haare geschmackvoll frisiert und gepudert, wie es in seinem Alter ziemt, und ein gar prächtiges Gesicht mit zwei klaren, braunen Augen, die mild und durchdringend zugleich sind. Wenn er spricht, verschönert er sich unglaublich.“ Auch Victor Cousin meint 1817, daß es unmöglich sei, eine Beschreibung von dem Zauber seines Gesprächs zu geben: „Alles ist individuell, und doch hat alles die Magie des Unendlichen; die Sorgfalt und Schönheit, die Kraft und Eindringlichkeit, die Fülle, Einfachheit und Anmut in seiner Sprache sind unbeschreiblich. Er ging ohne Anstrengung von einer Idee zur anderen über, jede mit einem vollen und sanften Licht überstrahlend, das mich erleuchtete und entzückte. Sein Geist entfaltete sich vor mir, mit der Reinheit, der Leichtigkeit, der Mäßigkeit und Einfalt des Geistes Homer.“ „Welch ein Kopf!“ ruft Anselm Feuerbach 1812 aus, „wie eines Tempels Gewölbe hebt sich die Stirn. Die Augen treten licht und klar wie strahlende Heroen im dunkelglänzenden Waffenrock mit ernstem, gemessenem Schritte aus der gewaltigen Wölbung. Ruhig und doch voll Feuer. So gebieterisch und doch so milde. In seltsamen Kontrast mit der Ruhe jener Felsenstirn steht die gefällige Beweglichkeit des Mundes, durch dessen freundliches Lächeln nicht selten eine gewisse Ironie durchblickt. Ruhe haben diese Lippen nie, auch wenn sie schweigen, sind sie beredt.“ Grillparzer, der ihn 1826 sah, dünkte er „halb wie ein König und halb wie ein Vater.“ Und im Todesjahre sagt der Arzt Hufeland von ihm: „Es ist mir nie ein Mensch vorgekommen, welcher zu gleicher Zeit körperlich und geistig in so hohem Grade vom Himmel begabt gewesen wäre und auf diese Weise das Bild des vollkommensten Menschen darstellte.“

Eine Leihbibliothek mit Aalpastete. Wer heute in eine Leihbibliothek geht, hat den berechtigten Wunsch, dort auch die neuesten Erscheinungen der Literatur zu finden, und eine gut geführte Leihbibliothek legt Wert darauf, ihre Kunden dementsprechend zu bedienen. Daß dem nicht immer so war, darüber belehrt uns ein seltsames Inserat aus einer Lübecker Zeitung aus dem Jahre 1842, in dem Mathilde Garbe, Leihbibliothekistin, Torte- und Pastetenhändlerin, ihre Bibliothek einem wohlmeinenden Publikum folgendermaßen empfiehlt: „Da sich gezeigt hat, daß die neuesten Bücher nichts taugen, so habe ich mir zum Vergnügen des Publikums nur alte angeschafft. Ich mach hierauf vorzüglich die junge Welt aufmerksam. Z. B. man liebt jetzt gar nicht mehr so wie im „Lafontaine“, so gescheit spricht jetzt gar niemand mehr wie im „Kramer“, und so tapfer ist niemand mehr wie im „Spieß“ (vielgelesener Verfasser von Scharer- und Räuberromanen um 1800), und so Wort gehalten wird jetzt gar nicht mehr wie im „Schulz“ (schrieb unter dem Pseudonym Eduard Ferrand u. a. einen Band Liebesnovellen „Erlebnisse des Herzens“); ja ich behaupte, nicht einmal gestohlen wird mehr wie im „Meißner“ (Verfasser von historischen Romanen um 1800). Die Welt liegt im argen! Zugleich bemerke ich, daß ich auch Briefsteller ausleihe, ich habe den von Heynatz aufgetrieben, ehrenfester Stil, kein Gefasel! Liebende reden darin von Herzen, nicht von Geld, auch besitze ich von Hübner „das Buch vom redlichen Handwerker“ und „ehrlichen Kaufmann“ und das von Schütz unter dem Titel: „Der wahre Bücherfreund oder die Kunst, mit Verstand zu lesen.“ Dieses empfehle ich allen, die meine Leihbibliothek besuchen; auch gute, schwarze Tinte ist bei mir zu haben, und frische Aalpastete, dann der „Erasmus Schleicher“ und „der Wachtelpeter“. Einsatz für ein Buch 1 Taler 4 Groschen. Für jeden Tag des Lesens 6 Pfennige.“ — Man sieht, für jeden Geschmack war gesorgt, vom Liebhaber der Schauerromane bis zum Schlecker von Aalpasteten. Du gute, alte Zeit!

Was die Vaterschaft zuwege bringt. Zwei junge Amerikaner, die die Brüder Charles und Hamilton Garland, hatten etwa vor einem Jahr die Erbschaft ihres Vaters, die für jeden von ihnen ungefähr eine Million Dollar betrug, ausgeschlagen. Damals war Charles, der ältere, Student an der Harvard-Universität; er brach seine Studien ab und machte sich mit seinem Bruder auf einer kleinen Farm in Massachusetts seßhaft, wo sie vom Morgen bis in die sinkende Nacht arbeiteten. Als Grund für die Ablehnung der Erbschaft gaben die Brüder an, daß sie nichts dazu getan hätten, um das Geld zu erwerben. Das System, unter dessen Herrschaft ein Mensch große Reichtümer ansammeln könne, während andere Hungers sterben würden, erschien ihnen nicht zu rechtfertigen, und sie weigerten sich daher, die Früchte von anderer Leute Arbeit zu genießen. Kurz danach heirateten die Brüder, und beiden wurde vor wenigen Wochen ein Kind geboren. Dieses Ereignis — vielleicht auch der allmählich wirkende Einfluß der in diesen Dingen gewöhnlich praktisch denkenden Frauen — hat eine Sinnesänderung bei beiden herbeigeführt. Sie machten sich nun die Erwägung zu eigen, daß sie immer noch besser imstande seien, das Geld zu verwenden als die meisten anderen, die an ihre Stelle treten würden, und haben sich daher bereit erklärt, die Erbschaft ohne weitere Bedingung anzunehmen. Doch wollen sie ihrem Farmerleben treubleiben.

„Boche.“ Kürzlich hat sich eine chauvinistische französische Zeitung darüber aufgehalten, daß die Deutschen anfingen, die Bezeichnung „Boche“ als einen Ehrennamen aufzunehmen, worin das betreffende Pariser Blatt eine Perversion, nämlich so etwas wie Masochismus erblickte. Daß die bei den Franzosen beliebte ständige Anwendung dieses Schimpfwortes eine mindestens ebenso große Verirrung ist, — diese Erkenntnis scheint sich nur langsam in Frankreich durchzusetzen. Immerhin ist das Rundschreiben bezeichnend, das der französische Justizminister unterm 19. Dezember an die Generalstaatsanwaltschaften gerichtet hat und in dem es heißt: „Es ist mir angezeigt worden, daß Beamte der Staatsanwaltschaft in ihren Schriftsätzen bestimmte Angeklagte als „boches“ bezeichnet haben. Ich erachte, daß die Anwendung dieser allgemein als beleidigend angesehenen Bezeichnung unangebracht (inopportun) ist und daß man damit riskiert, Anstoß zu erregen und Zwischenfälle hervorzurufen, die zum Nachteil unseres Landes ausgenutzt werden könnten. Ich bitte Sie daher, die Ihnen unterstellten Bamten einzuladen, sich von jetzt an des Ausdrucks „boches“ im Verlauf von Gerichtsverhandlungen nicht mehr zu bedienen.“ Dieses Zirkular war, wie der „Temps“ bemerkt, durch eine Petition des elsässischen Abgeordneten Seltz veranlaßt, in der darüber Beschwerde geführt war, daß ein Staatsanwalt in Bordeaux das Wort „Boche“ in einer Klagesache gegen einen elsässischen Kaufmann angewandt hatte, der im übrigen wegen unerlaubter Schiebereien zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751922021 0-12/fragment/page=0006